

## **DRINGLICHKEITSANTRÄGE**

### **1) Baurestmassendeponie Thal, Petition an die Stmk. Landesregierung**

GR. **Rajakovics** stellt namens von ÖVP, KPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Rajakovics**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf diesen Antrag auch für die KPÖ und die grüne Partei stellen. Die Gemeinde Thal plant mit Rückendeckung des Landes, allen voran des zuständigen Umweltlandesrates Dr. Gerhard Kurzmann, die Zulassung einer Baurestmassendeponie im Naherholungsbereich der Stadt Graz.

Die Zufahrt zu dieser Deponie soll vor allem über die Steinbergstraße erfolgen, die für den Schwerverkehr mehr als ungeeignet ist.

Rein rechtlich kann gegen diese Deponie leider kaum etwas vorgebracht werden, da die Stadt Graz nicht an das Deponiegelände angrenzt und daher keine Parteistellung im Genehmigungsverfahren nach dem Abfallwirtschaftsgesetz hat.

Die Gemeinde Thal hat den notwendigen Grund für diese Deponie von „Freiland Wald“ in „Freiland Sondernutzung Baurestmassendeponie“ umgewidmet und möchte, dass dort eine Deponie im Ausmaß von 733.000m<sup>3</sup> genehmigt wird.

Der Bedarf an Baurestmassendeponien in der Steiermark ist aber, und da haben wir uns erkundigt, grundsätzlich bis 2022 laut Experten gedeckt, sodass überhaupt keine Notwendigkeit besteht, dort eine neue Deponie zu errichten.

Die Befülldauer der Deponie wird mit 20 Jahren angegeben, dadurch ergibt sich eine für die Genehmigung relevante durchschnittliche Tonnage von 80.000, umgelegt auf Lkw, entspräche das 40 Fahrbewegungen pro Tag. Allerdings könnte genauso gut die drei- oder fünffache Menge angeliefert werden, denn die Gesamtzulassung für 20 Jahre beinhaltet keinerlei Beschränkung der jährlichen Menge beziehungsweise der Fahrten pro Tag.

Das heißt, es könnte die genehmigte Menge auch bereits in fünf Jahren angeliefert werden, was eine unmögliche Belastung für die AnrainerInnen, in diesem Fall aber für den Grazer Westen, darstellen würde.

Auch ist nicht ausgeschlossen, dass in ein paar Jahren die Deponiebetreiber eine Erweiterung des Gesamtvolumens beantragen, was bei bereits zugelassenen Deponien durchaus öfter der Fall ist.

Die Deponie soll in einem Wald errichtet werden, der zum Naherholungsgebiet für viele Grazer Familien zählt.

Der Wald, der zum Teil beim Sturm „Paula“ zerstört wurde, hat aber auch noch eine zweite Bedeutung. Er wäre dringend aufzuforsten, denn aufgrund der Rutschgefahr in den Hängen besteht, nach einem Gutachten des Sachverständigen [REDACTED], ein öffentliches Interesse an der Walderhaltung, schon allein auf Grund dieser Schutzfunktion. Interessant ist, dass der Thaler Bürgermeister in einem Brief auch argumentiert und auch in seiner Ortszeitung argumentiert, dass wenn ein Wald schon umgelegt ist, man ja eh keine Aufforstung oder dass das damit erledigt ist und daher dort eine Deponie ohne Probleme errichtet werden kann. Also es ist eine sehr eigenartige Argumentation, das wäre für Bürgermeister interessant, immer wenn ein Sturmtief ist, kann man das schnell umwidmen, weil dann kann man eh alles machen, wenn der Wald schon weg ist, gibt es keine Aufforstungspflicht. Interessante Meinung.

Uns ist bewusst, dass die Landesregierung bei der Genehmigung der Deponie keine Abwägung zwischen öffentlichen und privaten Interesse leisten muss. Allerdings benötigt man im vorliegenden Fall, um auch einen etwaigen positiven Deponiebescheid nach dem Abfallwirtschaftsgesetz konsumieren zu können, eine entsprechende Rodungsbewilligung. Bei dieser muss das öffentliche Interesse an der Rodung überwiegen, um einen positiven Bescheid erlassen zu können. Diese liegt, wie ausgeführt, nicht vor.

Auf Grund dieser Tatsachen stelle ich im Namen der Grazer Volkspartei, der KPÖ und der Grünen folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich am Petitionsweg an die Steiermärkische Landesregierung, dass diese die Schutzfunktion und den Erholungswert des gegenständlichen Waldes für Graz sicherstellt. Ich bitte um Unterstützung (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler** zum Antrag: Sehr geehrte Zuschauer auf der Tribüne, sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Thomas! Wie du richtig erkannt hast, ist es ein sehr dringliches Problem. Der Grazer Stadtsenat hat sich dem ja auch schon angenommen und hat schon einmal eine kritische Stellungnahme dazu abgegeben und der, wie du richtig gesagt hast, der Verkehrszuwachs, vor allem im Westen von Graz wäre dramatisch. Weil wenn man bedenkt, dass vermutlich der Verkehrsstrom mitten durch das Zentrum von Straßgang gehen wird, die Straßganger Straße rauf und dann die Steinbergstraße, dass man dort jetzt schon genug Probleme haben, dass dort tausende Wohnungen entstehen, die das Gebiet dort sowieso schon enorm belasten, ist es wichtig, dass man da jetzt mit dieser Initiative hoffentlich eine Änderung erreicht. Es hat ja schon viele Initiativen auch der AnrainerInnen gegeben. Wenn ich richtig in Erinnerung habe, sind im Frühjahr 1500 Unterschriften schon dem Landesrat Kurzmann übergeben worden und meines Wissens hat der Betreiber daraufhin zugesagt, dass die Deponiegröße auf 480.000 Tonnen reduziert werden soll. Du wiegst mit dem Kopf, ich glaube, du hast Recht, das schaut als Erfolg aus, ist aber eher, glaube ich, eine taktische Maßnahme, weil man damit eine Umweltverträglichkeitsprüfung umgehen will. Also ich glaube, freuen dürfen wir uns

drüber nicht, sondern das ist eher, dass sie Sorge haben, dass das Projekt doch nicht so gut ist, wie es immer beschrieben wird. Das Areal liegt mitten im Landschaftsschutzgebiet, ich glaube auch, das Einzugsgebiet von Tobelbad, von diesem Thermenwasser, liegt dort, es gibt viele, viele Gründe, warum man gegen dieses Projekt sein muss und wie du richtig ausgeführt hast, jetzt wird von 40 Lkw pro Tag gesprochen, sehr schnell könnten es weit über 100 werden, und selbst die 40 verkraften wir nicht und die weit über 100 schon gar nicht. Deshalb ist aus unserer Sicht auf jeden Fall sowohl die Dringlichkeit als auch der Antrag zu befürworten und wir werden dem gerne zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wir stimmen diesem Antrag auch zu. Wir sind strikt gegen die Errichtung dieser Mülldeponie und es liegt uns auch der Erhalt jedes Waldstückes am Herzen. Wir verwehren uns allerdings vehement dagegen, dass Landesrat Dr. Kurzmann der Gemeinde Thal den Rücken gestärkt hätte. Der Ursprung des Übels liegt in der Gemeinde Thal selbst, wo unter einem roten Bürgermeister mit neun SPÖ- und drei ÖVP-Mandataren die Umwidmung von Freiland Wald in Freiland Sondernutzung Deponie beschlossen worden ist (*Applaus FPÖ*). Das heißt, diese Umwidmung macht erst diese Mülldeponie möglich. Jetzt liegt es dann an der BH Graz-Umgebung, die Rodungsbewilligung zu erlassen oder auch nicht, aber es kann nicht sein, dass der Landesrat Dr. Kurzmann als Oberbehörde hergeht und eine Weisung gegen diese Bewilligung erteilt. Das wäre rechtlich sehr bedenklich. Die Oberbehörde darf nicht mutwillig die widmungskonforme Nutzung eines Grundstückes verhindern. Das heißt, sollte diese Deponie kommen, dann liegt die Schuld eindeutig bei der rot/schwarzen Gemeinde Thal (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Mein Kollege Karl Dreisiebner und ich wir waren dort oben, wir haben uns dieses Gebiet angeschaut, es ist wirklich ein wunderschönes Gebiet, obwohl der Sturm Paula dort einige Bäume umgeworfen hat, es gibt total viele Bäche, es gibt Teiche, es gibt ganz spezielle Tier- und Pflanzenarten und es ist auch historisch sehr interessant, ich weiß nicht, ob das jemand von Ihnen weiß, es gibt dort Stollen, wo Erdfarben abgebaut wurden, die dann in Andritz in einer speziellen Farbenfabrik eben zu Farben verarbeitet wurden. Diese Stollen sind teilweise eingestürzt, es ist aber nachweislich so, dass in diesen Stollen mittlerweile sehr seltene Fledermausarten eingezogen sind, also es ist wirklich vom Naturschutz her auch ein sehr spannendes Gebiet. An sich ist das Projekt der Baurestmassendeponie äußerst problematisch, es war ja auch so, dass kurz vor der Verhandlung noch die Menge von 780.000 auf 480.000 Kubikmeter reduziert wurde, um so eben eine UVP, eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung, also diese zu umgehen, beziehungsweise ist es dann im Nachhinein gelungen, dass seitens der Gemeinde Thal ein Feststellungsverfahren initiiert wurde, damit doch eine Umweltverträglichkeitsprüfung stattfinden kann beziehungsweise dass das geprüft wird. Es gibt noch ganz, ganz viele andere Punkte, die dagegenstimmen, ich möchte auch auf den Bauleitfaden des Umweltamtes hinweisen, wo appelliert wird, dass man Material, das zum Beispiel beim Abbruch eines Hauses entsteht, möglichst ortsnahe verarbeitet und nicht kilometerweise durch eine ohnehin schon feinstaubbelastete Stadt führt. Zusammenfassend, die Baurestmassendeponie ist überflüssig und sie gefährdet auch, wie einer meiner Vorredner schon gesagt hat, die Wasserqualität in Richtung Tobelbad und die dortige Therme und daher unterstützen wir oder haben wir den Antragstext gerne unterstützt und werden natürlich auch für die Annahme stimmen (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat! Ich möchte mich auch dazu zu Wort melden, weil mich der Brief des Nachbarbürgermeisters erreicht hat und darin quasi auch

mitschwingt, wie können wir uns da quasi überhaupt einmischen in diese Angelegenheit. Und da braucht man nicht erst nach Straßgang, nach Wetzelsdorf zu fahren, man braucht nicht erst die Bewohner, die entlang dieser Straße am Steinberg hinauf sind, befragen, weil das wissen wir alle, die werden die Leidtragenden sein. Und mir ist es bis heute nicht klar, was der Herr Nachbarbürgermeister dort wirklich von dieser Baurestmassendeponie haben wird, außer dass er eine Lebensqualität in seiner Gemeinde zerstört, dass er die Lebensqualität in den Nachbargemeinden massiv beeinträchtigt und verschlechtert und ich weiß auch von einem Betroffenen, der mir das gesagt hat, auf die Frage, was haben wir den wirtschaftlich davon, wenn wir so etwas in unserer Gemeinde zulassen, dass da im Gespräch maximal ein paar „Fahrer“, die mit dem Fuhrpark dort sein werden, ich glaube, es handelt sich um acht Personen, die da auch wirtschaftlich als Arbeitsplätze in dieser Gemeinde zugutekommen könnten oder gehalten werden können. Das sind für mich alles Argumente, die sind mehr als fadenscheinig, es hat der Gemeinderat leider, und das wissen mittlerweile viele, auch unsere Fraktion, draußen diesen Beschluss gefasst und jetzt gibt es eigentlich auf Landesregierungsebene den Herrn Dr. Kurzmann, der in der Lage ist, hier aktiv einzugreifen und uns zu helfen, das kann er tun. Aber was die Frau Gemeinderätin Pavlovec-Meixner jetzt gesagt hat, ist ganz was Wichtiges. Was wir vom Land Steiermark in Summe einmal einfordern sollten, ist die Frage, wo sind denn unsere Deponien in der gesamten Steiermark oder auch kurz außerhalb, welche Deponie-Restmassen können mit diesen bestehenden Baugruben, wenn ich so sagen darf, überhaupt noch angefüllt werden, wie viel ist da noch möglich, haben wir überhaupt Bedarf an einer weiteren, an einer neuen Deponie und wie kann man in den Ausschreibungsverfahren auch sicherstellen, dass genau das eintritt, was Sie gesagt haben, nämlich dass man nicht von A nach B fahren, diesen Schutt dann dorthin bringen und das vielleicht noch mit hunderten Kilometern, nur weil der im Angebot gerade wieder von einer Schottergrube zur anderen oder von einer Baurestmassendeponie zur anderen wieder ein günstigeres Angebot gelegt hat, das ist wirtschaftlich, umweltmäßig das Schlechteste, so wie wir jetzt aufgestellt sind. Es gehört längst ein Plan her im Lande Steiermark, wie wir mit diesem Thema umgehen

und ich hoffe sehr stark, dass hier auch über unseren Antrag noch einmal alle wachgerüttelt werden, dass auch der Einzige, der jetzt helfen kann, es gibt keine Schuldzuweisung, ganz im Gegenteil, es ist ein Appell an den Herrn Landesrat Kurzmann, dass er bitte auch sich das noch einmal anschauen möge und abwägen möge, was denn das öffentliche Interesse da ist und wenn er eines feststellt, dann bitte auch mithelfen, dass es nicht zu dieser Baurestmassendeponie kommt, wir haben alle miteinander, die da wohnen, nichts davon außer Ärger (*Applaus ÖVP*).

## **2) Keine Lizenzvergabe für Landesausspielungen mit Glückspielautomaten**

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Novellierung des Glücksspielgesetzes wurde das kleine Glücksspiel kompetenzrechtlich neu geregelt. Der Bundesgesetzgeber definiert erstmals den Begriff „Landesausspielungen mit Glückspielautomaten“ und nimmt diesen explizit vom Glücksspielmonopol aus. Nicht mehr den Ländern obliegt es, das kleine Glücksspiel zu regeln, vielmehr nimmt der Bund nun im neuen § 5 dieses Gesetzes diese Kompetenz für sich in Anspruch. Während die auf Grund der bisher geltenden Landesgesetze bewilligten Glücksspielautomaten nur noch eineinhalb Jahre, also bis zum 31.12.2015, das sind zweieinhalb Jahre, betrieben werden dürfen, ist in Zukunft die Vergabe von bis zu drei Bewilligungen zur Aufstellung von Glücksspielautomaten in Automatensalons oder in Einzelaufstellung durch die Länder vorgesehen.

Seit Jahren schon lässt sich ein beunruhigendes Wachstum der Zahl der Spielsüchtigen in der Steiermark beobachten. Viele der Betroffenen vernichten im Verlauf ihrer Erkrankung ihre Existenz und die ihrer Angehörigen. Die Folgekosten für die öffentliche Hand sind enorm, wie aktuelle Zahlen des Landes Steiermark belegen.

Der Bedarf an Therapie- und Beratungsangeboten steigt, Medienberichte über Beschaffungskriminalität im Zusammenhang mit Spielsucht sind auf der Tagesordnung.

Die Novellierung des Glücksspielgesetzes verursacht zudem in der Glücksspielproblematik zusätzliche Probleme:

- Schon bisher verloren die kontrollierenden Landesbehörden bei Feststellung überhöhter Einsätze und Gewinne ihre Zuständigkeit. Nun wird das wohl bei jeder Verletzung der zahlreichen Detailvorschriften der Fall sein, da damit ja keine „Landesauspielung“ mehr vorliegt und in das Bundesmonopol eingegriffen würde.
- Die bisher illegale Praxis, Einsätze bis zu 10 Euro pro Spiel und Gewinne bis zu 10.000 Euro zu ermöglichen, ist jetzt Gesetz: Damit werden noch mehr Spielerinnen und Spieler in die Sucht und in den Ruin getrieben.
- Die Sperre der Geräte nach einer bestimmten Spieldauer und die Begrenzung der Spiele pro Sekunde, in Salons eine Sekunde, in Einzelaufstellung 0,5 Sekunden, ermöglicht aufgrund der höheren Einsätze immer noch Verluste von tausenden Euro in wenigen Stunden.

Insgesamt führt die Novellierung des Glücksspielgesetzes zu keiner hinreichenden Verbesserung in der Glücksspielproblematik. Die Landesregierung hat es aber in der Hand, die Aufstellung und den Betrieb von Glücksspielautomaten im Rahmen des § 5 dieses Gesetzes zu verhindern, indem sie keine Bewilligungen zum Betrieb von Glücksspielautomaten erteilt.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Steiermärkische Landesregierung auf, keine Bewilligungen nach § 5 des Glückspielgesetzes zum Betrieb von Glücksspielautomaten zu erteilen und ein allfällig dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegendes Landesgesetz über Landesausspielungen mit Glücksspielautomaten legislativ bereits im Hinblick auf diese Zielsetzung zu gestalten. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. Dip.-Ing. (FH) **Schimautz** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen der Dringlichkeit zu, da das Glückspielgesetz weder aus Konsumentensicht noch aus Sicht der kleineren Betreiber eine befriedigende Lösung darstellt. Meine Kollegin Martina Kaufmann wird dann noch genauer ausholen. Dankeschön (*Applaus ÖVP und KPÖ*).

GR. **Vargas**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hohes Haus! Wir Grünen werden dieser Dringlichkeit auch zustimmen und wir werden auch dem Antrag zustimmen, denn es betrifft eine große Bevölkerungsgruppe in der Steiermark. Wir haben in der Steiermark 15.000 Glücksspielsüchtige, es gibt Expertenmeinungen, die man sehr ernst nehmen kann, die besagen, dass ungefähr pro Spielsüchtigem 15 dazugehörige Personen betroffen sind. Also man kann sich das ungefähr vorstellen, wie viele Menschen in unserem Bundesland davon betroffen sind. Es betrifft vor allem die Menschen, die bildungsfern sind, es betrifft Jugendliche und von Armut betroffene Menschen. Also Glücksspiel ist für uns eigentlich etwas, wo sich der Spaß dann aufhört. Insofern unterstützen wir auch die Aussage von Herrn Fabisch, dass man die Beratungs- und Betreuungseinrichtungen ausbauen sollte, da geht es für mich vor allem dann auch um die Schuldnerberatung, es sind sehr lange Wartezeiten für die Betroffenen, Hilfe in Anspruch zu nehmen, und je länger so eine Hilfe nicht in

Anspruch genommen werden kann, ist die Chance auf eine „Resozialisierung“ sehr schwierig. Insofern ersuche ich Sie, diesen Antrag vom Kollegen Fabisch anzunehmen sowohl in der Dringlichkeit als auch im Antrag selbst. Dankeschön (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: An dieser Stelle begrüße ich unseren ehemaligen Kollegen, Klubobmann außer Dienst Herrn Gemeinderat Sepp Milla auf das Allerherzlichste, Servus, Sepp (*allgemeiner Applaus*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR.<sup>in</sup> **Kaufmann** zum Antrag: Es ist eh schon gesagt worden von meinem Kollegen, also wir sind uns des Themas bewusst und natürlich haben wir, und gerade auch als junge ÖVP, das auch einige Male überprüft auch das Glücksspiel hinsichtlich der Benutzung bei den unter 18-Jährigen und dass da der Jugendschutz nicht, beziehungsweise nur teilweise, eingehalten wird. Es hat sich einiges verbessert im Hinblick auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen, wenn es um die Zugänglichkeit geht und dort sollte das eigentlich schon besser sein, das muss noch gelebt werden, das ist ganz klar und da muss man auch dahinter sein und das einfordern. Dennoch, was wirklich was bringt aus unserer Sicht, daher auch ein Abänderungsantrag zu dem bereits gestellten von der KPÖ, nämlich dass der Bundesgesetzgeber aufgefordert wird, das Glücksspielgesetz dahingehend zu ändern, die Beschränkung sowohl der Landesausspielungen als auch der Bundesausspielungen mit dem Höchsteinsatz von 50 Cent pro Spiel (in Automatenalons und Einzelaufstellungen) zu reglementieren, und ein ganz ein wesentlicher Punkt, weil darüber diskutieren wir eigentlich jetzt schon sehr, sehr lange nämlich über das herkömmliche Glücksspiel, ist der Online-

Bereich und dieser Bereich ist sehr, sehr schwer zu reglementieren, da haben wir relativ wenig Chancen und Möglichkeiten, über gesetzliche Bestimmungen da auch wirklich einzugreifen. Hier ist es eigentlich wichtig, dass man den präventiven Ansatz und deswegen auch der Abänderungsantrag, dieser Punkt: Der Bundes- und Landesgesetzgeber wird dazu aufgefordert präventive Maßnahmen zum Online-Glücksspiel einzuführen. Das ist viel, viel wichtiger und eben im Hinblick auch auf die unter 18-Jährigen, dass man gar nicht erst in diese Sucht hineinkommt. Das wäre unser Abänderungsantrag und ich bitte um Zustimmung (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch**: Nicht zum ersten Mal, liebe Martina Kaufmann, liebe ÖVP, erlebe ich das Gleiche hier, das nennt man Déjà-vu. Jedes Mal, wenn von uns ein Antrag gegen das Glücksspiel kommt, kommt immer das Argument von euch, ja die Online-Geschichte muss man in den Griff kriegen, das ist ja richtig, das spricht aber nicht gegen diesen Antrag, der hier vorliegt. Wir brauchen nicht nur einen Jugendschutz, wir brauchen auch einen Erwachsenenschutz. Wie der wirklich aussieht? Man begrenzt den Höchsteinsatz, ja, das ist gut, man begrenzt den Höchstgewinn, ist auch gut, jedes Spiel muss mindestens eine Sekunde dauern und es darf nicht mehrmals gespielt werden parallel. Keine Jackpots dürfen ausgespielt werden, nach zwei Stunden soll es eine Abkühlphase geben, dann wird der Automat abgeschaltet, ist alles gut und schön, in Wirklichkeit gibt es nur einen Weg, dieses sinnlose Suchtmittel einzuschränken, es einfach von der Lizenz her nicht mehr anzubieten und genau darum geht es in diesem Antrag (*Applaus KPÖ, Grüne und SPÖ*).

***Der Abänderungsantrag der ÖVP wird mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

### **3) Subsumption des Fachbereiches Medizinische Psychologie und Psychotherapie unter das Dach der Universitäts-Klinik für Psychiatrie**

GR.<sup>in</sup> **Heinrichs** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Heinrichs**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! In meinem Antrag, im Antrag der KPÖ, geht es um die Unterdachführung des Fachbereiches Medizinische Psychologie und Psychiatrie, also Klinik der Psychologie und Psychiatrie am LKH Graz unter das Dach eben der Universitätsklinik für Psychiatrie. Als Erstes eine kleine, aber sehr wichtige Medizingeschichte. 1969 wurde nämlich als erstes im deutschsprachigen Raum das Institut für Medizinische Psychologie und Psychotherapie gegründet. Seit 1992 hat diese Einrichtung als Klinik für Medizinische Psychologie und Psychotherapie ihren Bestand und ihre Bedeutung.

Im Zuge der Einsparungsmaßnahmen der KAGES gibt es bereits seit mindestens zwei Jahren Anzeichen zum Vorhaben der „Auflösung“ besagter eigenständiger Einrichtung, Auflösung unter Anführungszeichen, Hauptaugenmerk eigenständiger Einrichtung, um das geht es und ich komme noch darauf zurück.

Mit einem Schreiben vom 27.3.2012 an Herrn Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle, den Rektor unserer Medizinischen Universität, bezogen die Mitglieder des multiprofessionellen Teams besagter Klinik, es handelt sich um ein Team von zirka 25 ÄrztInnen, PsychologInnen, PsychotherapeutInnen, MusiktherapeutInnen, Körper- und BewegungstherapeutInnen, PhilosophInnen und PädagogInnen ausführlich Stellung zu ihren Befürchtungen und den Konsequenzen betreffend die Zusammenlegung der Agenden ihres Hauses mit denen der Klinik für Psychiatrie. Dieser Brief blieb bedauernswerterweise bis zum heutigen Tag unbeantwortet.

Die Experten weisen darauf hin, dass es keine Alternative zum weiteren Fortbestand und zur Weiterentwicklung, respektive Ausbau, der Klinik für Psychologie und Psychotherapie gibt, wenn man dem proklamierten Leitbild der Med.-Uni Graz

ernsthaft Rechnung tragen will, wonach es gilt, „den ganzheitlichen Ansatz der Medizin als Grundgedanke der Forschung, der Lehre sowie der Patientenbetreuung“ zu verfolgen

Zur bestehenden Problematik sei überdies Folgendes festgehalten:

Seit Beginn der ständig erfolgenden Einsparungsmaßnahmen kam es schrittweise zur Reduktion des Ambulanzbetriebes der Klinik. Die Klinik teilt sich ja in Wissenschaft, Lehre, stationäre und Ambulanzbetrieb. Es geht also vorrangig um den Ambulanzbetrieb. Es erfolgten nämlich zuletzt diagnostisch nur mehr Erstabklärungen mit der Option, an niedergelassene TherapeutInnen zu überweisen. Eine Vorgangsweise, welche aber in solchem Arbeitszuge, sozusagen auf die Schnelle, und ich bin gerne bereit, dazu auch noch einen Takt zu sagen, so gut wie unmöglich ist, sodass die Klinik in zunehmende Bedrängnis gerät, geraten ist, ihren gesellschaftlichen Arbeitsauftrag nicht mehr erfüllen zu können.

Aufgrund der Zunahme prekärer Lebenssituationen in der Bevölkerung ist der Bedarf an Therapie und Betreuung aus dem ganzheitlichen Angebot durch komplexes Wissen an der Klinik für Psychologie und Psychotherapie ohne Zweifel und dringend gegeben.

Subsumption beziehungsweise Fusionierung von Betrieben und Einrichtungen allgemein bedeuten so gut wie immer einen Verlust von MitarbeiterInnen, vertragliche und finanzielle Verschlechterungen für dieselben sowie eine Qualitätsverminderung für die Einrichtung – ein Umstand, der im medizinischen Bereich besonders kritisch einzuschätzen ist.

Ich stelle daher namens der KPÖ folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Im Sinne des hervorragend ausgebildeten Teams der engagierten Kollegenschaft an der Klinik für Medizinische Psychologie und Psychotherapie – an Herrn Univ.-Prof. Dr. Egger wurde das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich verliehen – welches für Ausbau und Weiterentwicklung ihres Hauses eintritt, aber vor allen Dingen im Sinne unserer Mitmenschen, welche es am dringendsten brauchen, ihre komplexen Probleme und Erkrankungen zur Behandlung und Betreuung zu bringen und in den allermeisten Fällen für die Kosten im niedergelassenen Bereich keinesfalls selbst aufkommen können, treten wir dafür ein, dass seitens der Stadt Graz das Gespräch mit allen Verantwortlichen in den zuständigen Gremien der Medizinischen Universität, dem Senat und dem Universitätsrat sowie beim Land Steiermark umgehend aufgenommen wird, und dass Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in Ihrer Funktion als Bürgermeister dem drohenden Abhandenkommen besagter eigenständiger Einrichtung in unserer Universitätsstadt keinesfalls beistimmen und all Ihre Möglichkeiten ausschöpfen werden, um diese Subsumption der Medizinischen Klinik unter das Dach der Universitätsklinik für Psychiatrie zu verhindern.

Ich bitte hiermit Sie alle um solidarische Zustimmung im Gemeinderat. Danke (*Applaus KPÖ*).

*Bürgermeisterstellvertreterin Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Schröck übernimmt um 15.35 Uhr den Vorsitz.*

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

GR.<sup>in</sup> Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Kopera** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, verehrte Gäste! Ich danke meiner Vorrednerin für die Ausführungen

und möchte dem beifügen, dass ich als Angehörige der Medizinischen Universität und Angehörige des Senats dieser Universität weiß, dass das Thema seit ungefähr einem halben Jahr am Tisch liegt und das hat verschiedene Gründe, da geht es um Einsparungsgedanken bis hin zu anderen Befindlichkeiten, auf die ich nicht im Detail eingehen möchte. Es ist aber dazu zu sagen, dass vielleicht nur auf den ersten Blick auf der Hand liegt, beide Fachrichtungen fangen mit Psy an, das wird schon passen. Man muss das schon ein bisschen genauer betrachten und wenn man bedenkt, dass Psychiatrie die Lehre von den Geisteskrankheiten ist und die medizinische Psychologie und Psychotherapie beziehungsweise Psychosomatik sich mit den seelischen Befindlichkeiten und den daraus entstehenden körperlichen Erkrankungen befasst, dann schaut das schon etwas anders aus, und ob es wirklich so vernünftig ist, die seelischen Befindlichkeiten und daraus entstehenden körperlichen Erkrankungen den Geisteskrankheiten zu unterstellen, das gehört genauer durchleuchtet. Und daher stelle ich, um ein seriöses Bild über das angesprochene Thema beziehungsweise die in Aussicht genommenen Veränderungen machen zu können, dafür ist eine eingehende Information des Gemeinderates und deshalb der Anhörung beider Seiten erforderlich, und ich stelle daher im Namen der ÖVP, der SPÖ und der Grünen den Abänderungsantrag: Der Gemeinderat möge beschließen, den Antrag der KPÖ zur weiteren Behandlung dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit mit dem Auftrag zuzuweisen, in einer Sondersitzung die Argumente von Vertretern beider angesprochenen Universitätskliniken zu hören und dem Gemeinderat bis zur Juli-Sitzung darüber zu berichten (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Haas-Wippel**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns als SPÖ ist es einmal ganz wichtig zu sagen, dass Gesundheitsleistungen niederschwellig und immer kostenfrei zur Verfügung gestellt werden müssen. Und die Leistungen der Psychologie, die Leistungen der Psychotherapie sind ganz, ganz wesentliche Leistungen. Aber, wie die Kollegin Kopera

schon gesagt hat, es braucht ein Meinungsbild, wir brauchen eine fundierte Meinung von beiden Seiten, um uns ein entsprechendes Bild machen zu können. Wir brauchen die Argumente der einen Seite genauso wie der anderen, aber wesentlich ist, dass die Leistungen an sich absolut niederschwellig und eben für alle zugänglich sein müssen, da stimmen wir überein. Und deshalb stimmen wir auch dem Abänderungsantrag zu, weil eine Fusionierung per se ja nicht automatisch heißt, es kommt zu einer Verschlechterung. Es könnten ja auch Synergieeffekte genutzt werden. Aber das muss man sich im Einzelnen anschauen und beide Argumente abwägen, deshalb stimmen wir dem Abänderungsantrag zu (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Ich möchte mich zunächst einmal bei der KPÖ bedanken, dass sie dieses Thema heute hierherein gebracht hat. Wer es mitverfolgt hat, hat vielleicht auch schon mitverfolgt, dass wir es im Landtag insofern zum Thema gemacht haben, als man vor zwei Monaten an die zuständige Landesrätin eine Anfrage gestellt haben, wie sie sich verhalten wird, weil letztendlich sie die Empfehlung ans Ministerium geben muss, wie mit dieser Klinik zu verfahren ist. Eine zweite Geschichte ist, ich war selbst in Bad Gleichenberg beim Psychotherapiekongress und habe miterlebt, wie lehrende ProfessorInnen, TherapeutInnen sehr verklausuliert über Bedrohung gesprochen haben. Angesprochen darauf, was da eigentlich im Busch ist, wurde klar signalisiert, es gibt so etwas wie ein Schweigegebot, man soll sich nicht äußern, es geht um Jobs, es ist gefährlich. Ich glaube jetzt, vor zwei Wochen hat der Müller vom Standard einen sehr guten Artikel geschrieben, wo internationale Psychiater sich zu Wort gemeldet haben und sich dagegen ausgesprochen haben, dass diese Klinik geschlossen wird. Weiters hat sich zu Wort gemeldet der Helmut Samonigg, den Sie wahrscheinlich alle kennen als Krebspezialist, der auch gesagt hat, es ist hochproblematisch, wenn die Psychotherapieklinik der Psychiatrie unterstellt wird, ähnlich wie es die Frau Kollegin Kopera auch formuliert hat. Mittlerweile gibt es auch eine Petition, die mit fast 2000

UnterschreiberInnen im Umlauf ist, also eine sehr emotionale Debatte, die auch schon geführt wird und das macht nicht nur gute Stimmung auf der Uni. Was mich sehr gefreut hat ist, dass der Universitätsrat Rektor Sünkel sich zu Wort gemeldet hat und gesagt hat, er will das auch im Universitätsrat noch einmal besprechen, es kann nicht einfach alles so über den Tisch gebrochen werden. Gestern hat dann unsere Stadträtin, Gesundheitsstadträtin Lisa Rücker, auch angeboten, einen runden Tisch zu organisieren und ich freue mich sehr über diese Abänderungsinitiative und halte sie auch für sehr sinnvoll, noch einmal alle an einen Tisch zu holen, um auch sachlich zu argumentieren. Was ich aber nur unterstreichen möchte ist, was ich interessant finde ist, dass es ja nicht nur, also es geht um Arbeitsplätze, das ist klar, es geht um psychotherapeutische Versorgung und wenn wir von Gesundheitsprävention sprechen, dann können wir nicht davon sprechen, dass es diese in dieser Form nicht mehr braucht, ähnlich wie es auch Samonigg formuliert hat und als Drittes bitte, es geht um einen Wissenschaftsstandort, wir haben eine Med.-Universität, wir haben an der Siegmund-Freud-Uni in Krems, in Innsbruck überall Psychotherapiewissenschaft im Ausbau, im Aufbau, da geht es um einen Wissenschaftsdiskurs und Graz klinkt sich aus und überlegt, in die 80er-Jahre zurückzugehen, weil da war es so, dass die Psychotherapie direkt der Psychiatrie unterstellt war. Das bitte nicht, mit uns nicht und deswegen wir unterstützen den Abänderer und freuen uns auf eine Diskussion im nächsten Gemeinderat. Danke (*Applaus Grüne und SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Heinrichs:** Zum Schlusssatz bitte, ich bedanke mich für die breite Zustimmung, auch der Idee einer Abänderung können wir zustimmen, es macht Sinn. Aber zur Fusionierung möchte ich noch einen Satz sagen. Als langjährige Mitarbeiterin an der Pathologie im LKH Graz kann ich Ihnen von einer Idee berichten und die ist kein Witz. Es gibt die Planung eines neuen LKH-Campus und da war die Vorstellung die, dass man alle morphologischen Fächer, das heißt also Anatomie, Pathologie und Gerichtsmedizin in ein Haus zusammenfasst, also unter ein Dach bringt. Und zwar mit

der Idee, die Seziersäle hundertprozentig auszulasten. Sie können sich vorstellen, den Aufschrei der Chefs, denn in einem Seziersaal, nämlich in dem der Gerichtsmedizin, sind Fliegen und Maden unbedingt notwendig, in dem der Pathologie ist es eine einzige Katastrophe. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ und Grüne*).

***Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde einstimmig angenommen.***

#### **4) Administrative Unterstützung an Grazer Pflichtschulen**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne! Die Gesellschaft ändert sich und zwar, wenn man Experten glauben kann, ändert sie sich in einem immer rascher werdenden Tempo. Das bedeutet natürlich auch, dass die Schule und alle darin handelnden Personen sich darauf einzustellen haben, diese Veränderungen auch mitzumachen, damit sie ihre Schüler und Schülerinnen möglichst gut auch auf das Leben vorbereiten und hier speziell natürlich auch auf die Arbeitswelt vorbereiten, die sich natürlich auch besonders rasch in letzter Zeit verändert, sie mit der Notwendigkeit konfrontiert, sich auf Veränderungen und Herausforderungen unserer Gesellschaft einzustellen.

Für diese notwendige Schulentwicklung sind im Schulsystem in Österreich die Direktorinnen und Direktoren verantwortlich, die damit eine sehr wichtige Führungsfunktion innehaben, die neben dieser Schulentwicklung natürlich auch alles, was mit Schulmanagement zu tun hat, Qualitätssicherung, Personalentwicklung, fachlich-pädagogische Aufsicht oder Krisenmanagement, zu tun hat und die in den

Pflichtschulen dafür zum Teil oder gänzlich freigestellt sind, das hängt von der Größe der Schule ab.

In der Praxis ist es in der Tat allerdings meistens so, dass die Direktoren und Direktorinnen mit der administrativen Arbeit, die in der Schule zu erledigen ist, und darunter fallen das Einpflegen von Schülerdaten genauso wie das Einpflegen von Lehrerdaten, darunter fallen das Ausdrucken von Schulbesuchsbestätigungen, das Abheben des Telefons in der Kanzlei, all diese Tätigkeiten fallen in den Pflichtschulen den Direktoren und Direktorinnen in erster Linie zu. Das führt natürlich dazu, dass für die eigentliche Führungsaufgabe, für die eigentliche Aufgabe der Schulentwicklung viel weniger Zeit bleibt, als es den Direktoren und Direktorinnen selbst eigentlich lieb wäre.

Grazer Volksschulen und Neue Mittelschulen, also Grazer Pflichtschulen, haben durchschnittlich zwischen acht und zwölf Klassen, das bedeutet etwa 20 bis 30 Lehrerinnen und Lehrern, die sie zu führen haben und etwa 250 Schüler und Schülerinnen. Ein Unternehmen mit etwa 30 Mitarbeitern, muss man sich vorstellen, ohne jegliche administrative Unterstützung, ohne jede Schreibkraft, ohne jegliche Assistentenkraft wäre, glaube ich, vollkommen undenkbar. Im pädagogischen Bereich ist das sehr wohl denkbar und ist unsere täglich gelebte Praxis. Aus organisatorischer Sicht ist es absolut nicht effizient und effektiv, wenn man Personen, die eine ganz andere Ausbildung haben, die ganz andere Aufgaben zu erfüllen haben, mit solchen administrativen Tätigkeiten einen schönen beträchtlichen Teil ihrer Arbeitszeit beschäftigt und im internationalen Vergleich und in vielen Studien wird daher auch natürlich administratives Unterstützungspersonal dringend gefordert und empfohlen. Zitiert in meinem Antrag habe ich nur die OECD-Studie TALIS von 2008 und die hat Österreich als unrühmliches Schlusslicht sogar dargestellt und dabei muss man aber bedenken, dass in dieser Studie in der Sekundarstufe I die AHS und die Neuen Mittelschulen zusammengerechnet wurden und die AHS, wie wir wissen, haben administratives Unterstützungspersonal, das heißt, man kann sich vorstellen, die

eigentlichen Daten, nimmt man nur die Neuen Mittelschulen, sind natürlich noch um einiges schlechter.

In Österreich ist die Gesetzeslage derzeit so, dass für administratives Unterstützungspersonal die Schulerhalter zuständig sind, und die Schulerhalter gehen damit in Österreich verschieden um. Der Bund, der für die AHS, wo wir auch heute die Besucher und Besucherinnen auch hier zu Gast haben, im Bereich des Bundes werden administrative Unterstützungskräfte, Gott sei Dank, zur Verfügung gestellt. Im Bereich des Landes, ich denke hier an die Berufsschulen zum Beispiel, wird auch Unterstützungspersonal zur Verfügung gestellt, im Bereich der Gemeinden in den seltensten Fällen. In der Steiermark, zum Beispiel Leibnitz, es gibt noch andere, Graz hat kein Unterstützungspersonal und in diese Richtung geht eben auch mein Antrag zu prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, wie Direktoren und Lehrkräfte an den Grazer städtischen Pflichtschulen im administrativen Bereich entlastet werden können und dem Gemeinderat ehestmöglich ein solches Konzept im Sinne des Motivenberichtes auch vorzulegen. Vielleicht noch eine Schlussbemerkung dazu. Möglichkeiten gäbe es viele, das Einfachste wäre natürlich, Personal dafür anzustellen. Mir ist das klar, dass es angesichts der budgetären Lage der Stadt Graz wahrscheinlich schwierig ist, es gibt aber natürlich auch andere Möglichkeiten zu prüfen, inwieweit über Umschichtungen, inwieweit über Kooperationen mit anderen Gebietskörperschaften oder mit anderen Bereichen, wo Personal möglicherweise zur Verfügung steht, etwas gemacht werden kann und auch der Umfang ist ja verschieden, das müsste man eben in einem Konzept dann überprüfen, wie viel davon ausreichen würde. Aber wahrscheinlich würden auch schon ein paar Stunden pro Schule die Direktoren und die LehrerInnen und Direktorinnen natürlich auch sehr stark entlasten (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch** zur Dringlichkeit: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Alexandra! Wir unterstützen selbstverständlich diesen Antrag, es geht um sehr

schöne und wichtige Arbeitsplätze. Ich möchte daran erinnern, dass das eigentlich eine Forderung der sozialdemokratischen Lehrgewerkschaft vor vielen Jahren schon war. Die Kollegin Meißlitzer hat diese Überlegung hier in den Gemeinderat in der letzten Periode getragen, wir haben den immer unterstützt. Die Frage ist jetzt natürlich aber, wer bezahlt? Ich selbst habe schon vor genau zehn Jahren hier an dieser Stelle erstmals, es war einer meiner ersten Anträge überhaupt, fachkundiges Unterstützungspersonal für die Schulen eingefordert, vor allem für die Schulpsychologie eine Verstärkung, die dringend notwendig ist. Es braucht ja nicht nur administrative Verstärkung, es braucht Schulpsychologie und Sozialarbeiter, das wissen wir alle. Vor zehn Jahren das erste Mal hier eingefordert, passiert ist bis heute noch nichts. In Finnland schaut es anders aus, das große Vorzeigeland, dort haben wir für alle speziellen Problembereiche Spezialisten, die Lehrer, und ich möchte vor allem auch an die Lehrer denken und nicht nur an die Direktoren, obwohl dein Antrag richtig ist und unterstützenswert ist, die Lehrer sind für das Unterrichten da und nicht für vieles andere, was ihnen aufgehaut wird. Die Gemeinden sind genug belastet, das möchte ich schon hier betonen. Ich möchte nicht, dass das Versagen auf höherer Ebene nun auf die Gemeinden heruntergebrochen wird, was sollen denn die Gemeinden noch alles zahlen? Diese Aufgaben sind nicht von Ländern oder Gemeinden oder manchmal auch von Schulen, das ist ja unglaublich eigentlich, von Schulen abzudecken, dass da vielleicht dann der Elternverein Stunden für den Schulpsychologen bezahlt oder für Betreuung oder Ähnliches, das ist unzumutbar. Das ist eine Aufgabe, die Bundesregelung sein sollte und ich frage mich schon, wer bildet eigentlich die Bundesregierung bei uns, wer bildet die Mehrheit im Nationalrat? Die SPÖ stellt, das wissen Sie alle, den Landeshauptmann, den zuständigen Landesrat, die Unterrichtsministerin, die Beamtenministerin und den Bundeskanzler. Ich würde mich freuen, wenn gerade bei den Verhandlungen, die es jetzt gibt seit Monaten, das ist ja wohl allen bekannt, von Regierungsvertretern die Forderungen der Gewerkschaft auch endlich einmal ernst genommen werden und nicht nur immer wieder ganz gerne ins Lächerliche gezogen werden. Es liegt an euch (*Applaus KPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist unbestritten, dass der administrative Aufwand an den städtischen Pflichtschulen stetig steigt. Die Diskussion um Unterstützung für die Schulleiterinnen und Schulleiter gibt es, wenn ich es ein bisschen überspitzt formulieren darf, wahrscheinlich seit Maria Theresia und der Einführung der Schulpflicht mit steigender Intensität in die heutige Zeit. Das ist tatsächlich so und es freut mich ja auch, dass der Kollege Fabisch darauf hinweist, wie so oft und bei vielen Angelegenheiten soll die jeweilige Gemeinde, in dem Fall die Stadt Graz, das Problem lösen. Weil Faktum ist, meine Damen und Herren, dieser wirklich eklatante, zum Teil eklatante administrative Aufwand wird ja nicht von der Stadt Graz erfunden und den Schulleiterinnen und Schulleitern aufs Auge gedrückt, wenn ich so sagen darf, das sind Landesgesetze und Verordnungen und das ist der Bund, der immer mehr Statistiken fordert, Erhebungen fordert und was auch immer fordert, das ist die wesentlichste Belastung, denke ich einmal, für unsere Direktorinnen und Direktoren. Aber wie auch bei anderen Projekten, Initiativen oder auch Problemstellungen ist es doch dann wieder so, dass die jeweilige Heimatgemeinde, egal um welche Herausforderung es sich handelt, natürlich bemüht ist, wenn man die Sorgen der Schulleiterinnen und Schulleiter in dem Fall oder in anderen Bereichen ernst nimmt, dass wir nach Lösungen ringen und versuchen, Hilfestellung zu geben und auch das Schulressort, jetzt Bildungsressort, hat vor vielen Jahren bereits versucht, hier Abhilfe zu schaffen, man hat Berechnungen angestellt und ist dazu gekommen, auch wenn eine Mitarbeiterin, ein Mitarbeiter mehrere Schulen mitbetreut, was ja zweifelsohne möglich und zweckmäßig wäre, man kommt gleich einmal auf 300.000 Euro, die wieder die Stadt zu zahlen hätte. Auch Überlegungen gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice haben sich letztendlich nicht als zielführend erwiesen. Ganz kann man natürlich die städtischen Pflichtschulen nicht mit Bundes- und Landesschulen vergleichen, zumal natürlich die Schulstandorte auch andere Größenordnungen haben. Aber, und ich habe es kurz in der Budgetrede angesprochen, wir haben ja uns vorgenommen, für Graz eine kommunale Bildungsstrategie auszuarbeiten, in neun Teilgruppen befassen sich Expertinnen und

Experten mit Fragestellungen, mit Problemstellungen in der städtischen Bildungslandschaft. Eine Gruppe widmet sich insbesondere dem Thema Unterstützungssysteme an Schulen, diese Gruppe wird geleitet vom Herrn Dr. Josef Zollneritsch, der Ihnen bekannt sein wird als Psychologe des Landesschulrates, wo es um Unterstützungssysteme geht, eben von der Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, aber natürlich wird auch das Thema Administration beleuchtet werden, und auch in den aktuellen Verhandlungen zum Dienst- und Besoldungsrecht der Lehrer ist eine wesentliche Forderung der Gewerkschaft, die in diesem Fall auch für die Pflichtschulen spricht, dass es Unterstützungssysteme an den Schulen geben muss in Zukunft, zumindest in den jetzt schon angesprochenen Bereichen. Ich meine, es wäre ein Leichtes für uns, für mich, zu sagen, bitte springen wir nicht auf einen fahrenden Zug, das ist ja, wie wir alle wissen, sehr gefährlich mitunter, aber um dem Thema insgesamt eine noch größere Unterstützung zu geben, werden wir sowohl der Dringlichkeit wie auch dem Inhalt zustimmen. An meinem Plan, den ich gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgearbeitet habe, werden ich festhalten können, denke ich aus heutiger Sicht, dass wir nämlich den Gemeinderat im Herbst oder zumindest noch in diesem Jahr über die Ergebnisse unseres kommunalen Bildungsplanes informieren können und insofern natürlich auch über diesen Themenbereich und ich hoffe, wir werden auch in dieser Frage zu einer guten Lösung gemeinsam kommen (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Mich würde interessieren, wer von euch alles in der, wenn ihr in das Sekretariat kommt, in eurer Schule, wer dort kopiert. Ich habe gerade ein Maturakind jetzt zu verabschieden, also ich bin sehr froh darüber und ich kann mich sehr oft daran erinnern, dass die Lehrer kopiert haben, dass die Eltern eingesprungen sind, dass eine Krankenstandsvertretung war, dass der Elternverein was organisiert hat, dass wir als Eltern zu Hause irgendwas gemacht haben, um die Schule zu entlasten. Ich bin sehr froh, dass das Thema am Tisch ist, weil dort, wo es

um Entlastung geht, wird deutlich, wie viel Belastung existiert, freue mich jetzt in Schulschlusszeiten, da ist es meistens auch noch einmal extra stressig und möchte aber trotzdem darauf hinweisen, was eh schon gesagt worden ist, es ist nicht unbedingt die kommunale Verantwortung, aber ich darf Sie bitten, sowohl ÖVP als auch SPÖ, sich direkt in diesem Diskurs auf Bundesebene noch stärker einzuschalten. Ich weiß, es gibt die Nationalratswahl, es werden schon Jobs gedealt und, und, und, aber vielleicht bringt man da was auf den Boden und bringt auch in dieser Richtung was auf den Boden, um sich dort stärker einzusetzen. In diesem Sinne, wir werden der Dringlichkeit zustimmen und wir stimmen in diesem Sinne auch dem Antrag zu. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer**: Ich sage einmal herzlichen Dank für die Unterstützung, wie sie jetzt auch angekündigt worden ist. Ich hoffe, dass wir damit diesem Thema tatsächlich etwas mehr Schub geben können, wie du, Herr Stadtrat, bereits gesagt hast und was auf Bundesebene sich tut, da würden wir uns auch immer wieder andere Mehrheitsverhältnisse natürlich wünschen, damit das Bildungsthema auch auf Bundesebene einen andren Drive bekommt, aber ich glaube, so ganz beschweren können wir uns auch nicht, denn die Frau Ministerin hat in den letzten Jahren unglaublich große Pakete auch zur Entlastung der Schulen usw. entwickelt. Ich glaube, es ist viel passiert, aber wir alle, glaube ich, hätten uns gewünscht, dass die Dienstrechtsverhandlungen noch schneller zu einem Ergebnis gekommen wären. Auf die Bildungsstrategie freue ich mich schon sehr, wenn sie dann auch vorgelegt werden wird und präsentiert werden wird und freue mich, wenn das Thema auch darin einen Platz finden wird. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

### **5) Sogeannter „Grauer Finanzausgleich“ – Evaluierung der Mehrkosten**

GR. **Hötzl** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Vorsitzende! Die finanziellen Beziehungen der Gebietskörperschaften zueinander finden ihre gesetzliche Regelung in einem eigenen Finanzverfassungsgesetz sowie im Finanzausgleichsgesetz. Letzteres regelt, welche Abgaben vorgesehen werden, wem der Ertrag dieser Abgaben zufließt und schließlich, wer die Abgaben überhaupt einhebt. Bei der Verteilung der Abgabenerträge soll darauf Bedacht genommen werden, dass die Gebietskörperschaften die ihnen zugewiesenen Aufgaben auch erfüllen können. Zusätzlich regelt der Finanzausgleich die Verteilung der Geldmittel innerhalb der Gebietskörperschaften. Man spricht also vom vertikalen und vom horizontalen Finanzausgleich.

Eine Besonderheit an dieser Gesetzesmaterie besteht darin, dass sie zwischen den Gebietskörperschaften zu paktieren und zudem zeitlich zu befristen ist. Das gegenwärtige Finanzausgleichsgesetz gilt für die Jahre 2008 bis 2013. Durch die paktierte Gesetzgebung wird einerseits das Mitspracherecht der Länder und Gemeinden zum Ausdruck gebracht, während andererseits durch die Befristung des Finanzausgleichsgesetzes bewirkt werden soll, dass die Verteilung der Finanzmittel den geänderten Bedürfnissen anzupassen ist. Logischerweise gehen neue Aufgaben auch mit erhöhten finanziellen Aufwendungen einher, für die im Finanzausgleich Vorsorge zu treffen ist.

Durch geänderte Materiengesetze wurden in den vergangenen Jahren für die Gemeinden viele neue Aufgaben geschaffen, ohne dass dauerhaft für die Finanzierung Vorsorge getroffen worden wäre. Während der Gültigkeitsperiode eines FAG-Abkommens getroffene gesetzliche Änderungen stellen in Österreich leider eine häufig zu beobachtende Realität dar, daraus resultierende Kosten, die nicht vom Finanzausgleich berücksichtigt wurden, werden in der Kommunalpolitik auch als „Grauer Finanzausgleich“ bezeichnet. Festzuhalten bleibt, dass mit geänderten gesetzlichen Aufgaben einhergehende Finanzaufwände häufig nicht abgegolten werden. Die Verlagerung von Aufgaben auf eine andere Gebietskörperschaft ohne Abgeltung des damit verbundenen Mehraufwandes bewirkt eine Änderung im Finanzgefüge und trifft gerade eine Gebietskörperschaft von der Größe unserer Stadt besonders hart.

Da der überwiegende Teil aller Abgaben vom Bund eingehoben wird und die Finanzmittel auf die Gemeinden und Länder verteilt werden, sind gerade die unteren Gebietskörperschaften auf einen fairen, dem tatsächlichen Aufgabenbereich entsprechenden Finanzausgleich angewiesen, verfügen doch Länder und Gemeinden kaum über eigene Abgaben. Das Abgabenerfindungsrecht der Länder wird dadurch begrenzt, dass keine zum Bund gleichartigen Abgaben erfunden werden dürfen. Den Gemeinden stehen mit der Kommunalsteuer und mit der Grundsteuer zumindest zwei wesentliche eigene Abgabenerträge zur Verfügung. Darüber hinaus haben sowohl Länder als auch Gemeinden keine Möglichkeiten, durch eigene Abgabenerträge jene Aufgaben, die ihnen gesetzlich überbunden wurden, zu finanzieren. In diesem Zusammenhang soll erwähnt werden, dass der Bund, die Länder und die Gemeinden eine Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften beschlossen haben. Demnach sollen gesetzliche Vorhaben oder beschlussreife Verordnungen den jeweiligen Gebietskörperschaften übermittelt werden, wobei hier insbesondere die finanziellen Auswirkungen darzustellen sind. Die betroffenen Gebietskörperschaften können nun wiederum Einwände gegen ein Vorhaben vorbringen, und in der Folge

sind Verhandlungen über die Kostentragungspflichten der Gebietskörperschaften durchzuführen. Sollte eine Einigung nicht zustande kommen, so bliebe für tatsächlich entstandene zusätzliche finanzielle Ausgaben die theoretische Möglichkeit, eine Klage beim Verfassungsgerichtshof einzubringen. Dieser Konsultationsmechanismus soll somit den Gebietskörperschaften, auf die neue Aufgaben übertragen werden, ohne dass die erforderlichen Mittel übertragen werden, eine Sicherstellung bieten. Dies funktioniert allerdings nur in der Theorie. Klagen wurden daher bis dato seitens der Gemeinden keine eingebracht, Anlassfälle hätte es aber schon genug gegeben.

Für die Zukunft wird es also entscheidend sein, dass neben dem bereits angesprochenen Konsultationsmechanismus auch eine starke Städte- und Gemeindevertretung auf diese Problemstellung aufmerksam macht. Aus Sicht des Antragstellers soll der Versuch eines Lösungsansatzes mehrstufig erfolgen. Am Beginn steht die Darstellung sämtlicher Kosten, die der Stadt Graz in der Periode 2008 bis 2013 aus überbundenen Aufgaben durch geänderte Materiengesetze des Bundes oder des Landes entstanden sind. In einem weiteren Schritt möge Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl im Städte- und Gemeindebund unter Darlegung einer Kostenaufstellung der Stadt Graz auf dieses Problem gezielt hinweisen, um auch andere Gebietskörperschaften zu einer expliziten Darstellung der ihnen entstandenen Kosten zu bewegen. Die daraus resultierende Kostenwahrheit beziehungsweise die darauf fußende Sensibilisierung der übrigen Städte und Gemeinden können einen wichtigen Beitrag zu einem gerechteren Verteilungsschlüssel bei den kommenden Verhandlungen zum Finanzausgleich darstellen.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

**d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird höflich ersucht, den zuständigen Stellen des Magistrates der Stadt Graz einen Projektauftrag zu erteilen, der darauf abzielt, jene im Motivenbericht dargestellten Kosten, die der Stadt Graz und ihren Unternehmungen im Zeitraum 2008 bis Juni 2013 erwachsen sind, zu erfassen und darzustellen. Das Ergebnis dieser Evaluierung möge dem Gemeinderat zeitnah vorgelegt werden und dient der Dokumentation gesetzlich überbundener Mehrleistungen. In weiterer Folge kann diese Darstellung ein Argumentarium im Städte- und Gemeindebund beziehungsweise bei den Verhandlungen zum künftigen Finanzausgleich darstellen. Sie möge vom Grazer Bürgermeister nach Gutdünken verwendet werden (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Frölich** zur Dringlichkeit: Frau Bürgermeisterstellvertreterin, lieber Antragsteller! Also ohne Zweifel, du greifst ein unglaublich wichtiges Thema auf, keine Frage, es geht um Geld, es geht um sehr, sehr viel Geld. Wir haben im Vorjahr eine Schwelle erlebt oder einen Mechanismus, das war die, wenn Sie sich erinnern, die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs, wenn wir als Stadt über die GBG Schulen etc. gebaut haben, wir haben plötzlich nicht mehr die Möglichkeit gehabt, diesen Vorsteuerabzug ins Treffen zu führen. Das können die Gemeinden nicht mehr machen. Ein typisches Beispiel für diesen sogenannten grauen oder auch tertiären Finanzausgleich. Was ungerecht ist oder was ich als ungerecht empfinde, ist natürlich, dass Unternehmen im Bundeseigentum, wie zum Beispiel eine ASFINAG, sehr wohl dieses Steuerprivileg in Zukunft noch genießen können. Ein Artikel in der letzten Ausgabe des Kommunalmagazins geht in diese Richtung in der du heute deinen Motivenbericht argumentiert hast, der Städtebund macht zwar jährlich solche Untersuchungen, aber die Untersuchungen, die vorliegen, und das ist auch der Sukkus einer Studie der WKO, da hat die Abteilung für Finanzen und Handelspolitik eine Studie gemacht. Was kommt da immer raus? Es kommt heraus die Grundaussage, dass der österreichische Finanzausgleich ein System ist, das in den

Grundzügen seit 1948, das muss man sich vorstellen, besteht und äußerst komplex und intransparent ist, sperrig ist, also schwer durchschaubar, steht dort drinnen, selbst für Experten. Warum sage ich das? Die Summen des tertiären Nettotransfers, also diese grauen Finanzausgleichssummen, sind in den letzten zehn Jahren haben sich verdoppelt. Also wenn wir jetzt, wir werden der Dringlichkeit natürlich zustimmen, wie wohl ich glaube, nicht alles, was sehr, sehr wichtig ist, ist gerade eben deshalb auch dringlich, weil wenn man was schnell und dringend erledigt, nimmt man vielleicht ganz wichtigen Dingen die Zeit, die man braucht, um entsprechenden Dingen nachzugehen, das ist kompliziert diese Transfermärkte und der gesamte Finanzausgleich ist leider Gottes in seinen Effekten und wenn man tiefgehend darauf schaut, auch für Experten sehr schwer seriös darstellbar. Wenn wir nun die Finanzabteilung ersuchen, uns einen Dreiseiter auszuarbeiten mit den paar Stichworten, so wie du das erwähnst, ob das die Eisenbahnkreuzungen sind etc., dann werden wir wahrscheinlich das Glück haben, dass wir eine mehr oder weniger aussagekräftige „Expertise“ unter Anführungszeichen kriegen, wenn wir aber sagen, wir wollen eine wirklich gute, in die Tiefe gehende Arbeit, dann glaube ich, dass man ohne ein gehörig Maß an externen Experten nicht auskommen wird und dass das auch viel Geld kosten wird. Nichtsdestotrotz wir stimmen natürlich der Dringlichkeit deines Antrages zu. Ich wollte nur auf die Komplexität dieses Themenkreises hinweisen und auf die Problematik, wenn man das im Zusammenhang mit einem dringlichen Antrag quasi kurz abwickeln will, aber ich glaube, das willst du auch nicht, du willst einfach, dass das Thema ins Rollen kommt. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> **Bergmann**: Lieber Kollege Hötzl! Ich habe heute schon in einer Wortmeldung gesagt, ich bin sehr froh, dass dieser Antrag hier eingebracht wird. Wobei dieses Thema Finanzausgleich und die Finanzen der Stadt Graz ja eigentlich weiter gesponnen werden können als jetzt nur dieser graue Finanzausgleich. Ich denke, es ist einmal ein guter Ansatz, einmal innerhalb der Stadt zu erheben, welche

Mehrausgaben uns aus sozusagen verschobenen Aufgaben, die die Stadt jetzt erledigen muss, erwachsen. Aber grundsätzlich denke ich mir, seit zig-Jahren ist am Städtetag, wird jedes Mal eine Resolution verabschiedet von, glaube ich, allen Fraktionen, wo darauf aufmerksam gemacht wird, dass dieser Finanzausgleich eigentlich immer von Jahr zu Jahr ungerechter wird, dass hier die Aufgaben und die Finanzierung nicht mehr zusammenpassen. Du hast formuliert, also der Herr Bürgermeister möge das nach Gutdünken das Ergebnis verwenden. Ich würde vielleicht weiter gehen, dass man dem Herrn Bürgermeister, der ja auch bei den Finanzausgleichsverhandlungen höchstwahrscheinlich teilnimmt, einen klaren Auftrag erteilt, dass er die Interessen der Stadt hier vehement vertritt und natürlich auch bei anderen Städten und Gemeinden dafür, möchte ich sagen, Werbung macht, dass sie das mitunterstützen, das hätte ich noch zu diesem Antragstext zu vermerken. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Haßler**: Lieber Christoph! Auch wenn dein Antrag im Motivenbericht, ich sage einmal, gewisse Unschärfen aufweist, zielt er dennoch, glaube ich, in eine richtige Richtung, wie eh schon meine Vorredner auch betont haben, weil es einfach darum geht, wie du richtig aufzeigst, dass der Bund immer öfter Reformen durchführt und sich selber entlastet und andere belastet. Sei es bei Verwaltungsreformen, bei diversen Gesetzen und ich gehe soweit zu sagen, dass der Bund in vielen Fällen das nicht unbewusst macht, sondern sogar bewusst macht, weil es einfach bequem ist, wenn man sich selbst gewisse Einnahmen entweder zuschanzt oder Kosten auf andere abwälzt. Ich habe das leider im eigenen Bereich, in meinem beruflichen Umfeld auch erleben müssen, wenn ich an das Beispiel 2003 denke, wo der Bund, ich bin im Bereich der Gebietskrankenkasse tätig, wo der Bund die Aufgabe hat, für die Arbeitslosen in Österreich Krankenversicherungsbeiträge an die Gebietskrankenkassen zu überweisen, da ist mit einem einfachen Gesetz beschlossen worden, dass die Beiträge über Nacht halbiert worden sind, die Auswirkungen waren

dramatisch für die steirische GKK damals und heute noch, weil pro Jahr allein in der Steiermark 36 Millionen Euro weniger an Einnahmen hereinkommen, österreichweit geht es um hunderte Millionen, soviel ein kleiner Exkurs zum Thema Krankenversicherung, wie leicht man dann darstellen kann, dass die nicht gut wirtschaften können mit so einer einfachen Maßnahme. Und das war sicher auch eine bewusste Maßnahme damals. Wenn man schon beim Verhandeln sind, dann fällt mir noch ein Bereich ein, den ich gerne mitverhandelt hätte, und zwar haben wir alle auch im, ich glaube beim vorletzten Mal war es, im City-Benchmark gehört, dass wir bei den Ertragsanteilen massiv benachteiligt werden. Wir haben den Städtevergleich gesehen mit vergleichbaren Städten und Graz bekommt da pro Einwohner bei den Ertragsanteilen um 96 Euro weniger als der Durchschnitt der vergleichbaren Städte. Das klingt jetzt wenig, wenn man es aber auf die Einwohner umrechnet, sind das rund 30 Millionen Euro pro Jahr, die der Stadt Graz entgehen. Wenn man unsere Periode anschaut von fünf Jahren 150 Millionen und 100 haben wir jetzt momentan frei verfügbar zur Verfügung. Also diese 150 könnten wir sehr, sehr gut zusätzlich gebrauchen. Und ich glaube, das ist auch ein Auftrag, da entsprechende Verhandlungen zu führen, dass wir da zumindest wieder bessergestellt werden. Gleich wie die Ina habe ich mich auch an den Ausdruck, dass das Ergebnis nach Gutdünken verwendet werden soll, ein bisschen gestoßen, aber ich vertraue dem Bürgermeister und gehe davon aus, dass er sehr verantwortungsvoll ein gutes Ergebnis für die Stadt Graz erreichen wird, also wir werden dem Antrag zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hötzl:** Dankeschön, es zeichnet sich da eine sehr breite, wenn nicht einstimmige Zustimmung ab. Ich möchte mich dafür gleich einmal bedanken und Ina, man muss halt diplomatisch sein. Der Herr Bürgermeister wird ersucht usw. den Inhalt verstehen wir alle sehr gut, der Herr Bürgermeister wird im Übrigen schon seit, ich weiß nicht, wie vielen Jahren ersucht, für uns gut zu verhandeln, was er sicherlich

bemüht ist zu tun. Aber der Klubobmann von der ÖVP, der wird von hier aus von mir jetzt ersucht, dass er den Bürgermeister das Wortprotokoll vorlegt und dass er sich auch das zu Herzen nimmt und in die Verhandlungen mitnimmt. Wir bringen das Thema wieder ins Rollen, ich bedanke mich für die Zustimmung und hoffen wir auf ein besseres Ergebnis als bisher. Danke (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. Dr. **Wohlfahrt** zum Antrag: In aller Kürze. Ich glaube, das Thema ist ganz ein wichtiges, der graue Finanzausgleich. Wir leiden auch alle darunter, wir spielen auch alle damit. Karl Kamper ist ja ganz ein ausgewiesener Fuchs, hier auch selbst aktiv mitzuspielen und auch immer wieder auf der anderen Seite diesen grauen Finanzausgleich ja wieder umzudrehen und Einsparungen für die Stadt zu machen. Von außen betrachtet ist es natürlich ein mühsames Spiel, wenn jetzt Bund, Gemeinde sich da gegenseitig die Sache hin- und herschieben. Ich glaube, das ist ein bisschen eine ineffiziente Verwaltung, die verbessert gehört. Trotzdem wir sollen wissen, was es kostet, ich hoffe oder ich glaube, dass das eigentlich eh schon weit vorliegt, aber aus Grazer Sicht würde ich noch was anderes ergänzen zu dem Ganzen, nämlich die Ungleichbehandlung bei den Gemeinden. Ich glaube, das ist beim Finanzausgleich das wichtigere Thema, also der bestehende Finanzausgleich, der undurchsichtig ist, wurde mehrmals erwähnt und aus dieser schwarzen Box kommt für Graz nicht etwas besonders Gutes heraus und ich glaube, dort muss man auch hinschauen. Einerseits, das was an neuen Belastungen dazugekommen ist, gehört berichtet, gehört verhandelt, muss man anschauen, selbstverständlich ja, aber auch die historische Ungleichbehandlung zwischen Ost und West, also andere Städte kriegen ja deutlich mehr und Dergleichen, auch dort wäre es sehr löblich, genau noch

hinzuschauen, ich weiß, es passiert schon, deswegen befürworten wir ja den Antrag. Aber ich glaube, da gehört noch mehr dazu und all das zusammen würde wahrscheinlich dann einen guten Verhandlungsstand darstellen und in diesem Sinne unterstützen wir den Antrag, wünschen uns aber noch mehr und darüber hinaus gehende Dinge. Danke (*Applaus Grüne*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

#### **6) Grazer Wälder als Naherholungsgebiete und Schutzwald sichern**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** stellt namens von KPÖ und Grünen folgenden Antrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! In meinem Antrag geht es ganz allgemein um die Grazer Wälder als Naherholungsgebiet und als Schutzwald und vor allen Dingen darum, diese Naherholungsgebiete und den Schutzwald zu sichern.

***ZuschauerInnen wollen Transparente auf der Galerie ausrollen und werden von Ordnungswache daran gehindert.***

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Ich darf Sie daran erinnern, dass es in diesem Gemeinderatssaal eindeutige Regeln gibt und es ist untersagt, in diesem Gemeinderatssitzungssaal Flugblätter von oben herunterzuwerfen oder auch Transparente aufzuhängen, das sind einfach diese Spielregeln in diesem Raum. Ich bitte Sie, das zu akzeptieren und darf Sie jetzt bitten fortzufahren.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Leider ist das so. Ich möchte jetzt zu meinem Antrag kommen. Nahe der Ruine Gösting wird derzeit auf einer Fläche von 1 Hektar auf einer ursprünglichen Waldfläche ein Weingarten angelegt und zwar vom Herrn [REDACTED], der dafür auch eine forstrechtliche Rodungsbewilligung vom Land Steiermark bekommen hat und außerdem „Waldverbesserungsmaßnahmen“ im Ausmaß von drei Hektar vorgeschrieben bekommen hat.

Das betroffene Areal ist Landschaftsschutzgebiet und zwar das Landschaftsschutzgebiet Nr. 29, das Areal ist Grundwasserschongebiet und es ist Schutzwaldfläche. Im steirischen Waldentwicklungsplan wird es als Fläche mit erhöhter Wohlfahrts- und Erholungsfunktion ausgewiesen. Deshalb ist es sehr schwer nachvollziehbar, warum das Land Steiermark trotzdem eine Rodung bewilligt hat.

Es ist in diesem Fall allerdings so, dass die Bau- und Anlagenbehörde der Stadt Graz es in der Hand gehabt hätte, diese Rodungen zu untersagen. Das forstrechtliche Verfahren... Frau Kollegin, es ist noch immer so, dass Pressefotografen Fotos machen können... *(Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke).*

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.20 Uhr den Vorsitz.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Darf ich ganz kurz unterbrechen, das gilt auch für Pressefotografen nur mit Zustimmung des Gemeinderates, damit wir das auch einmal bitte da wieder einmal klären und auch richtigstellen. Deswegen bitte auch im Vorfeld, wenn jemand ein Problem damit hat, mir zu sagen, ich glaube...

***Zwischenruf unverständlich.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist so, ich sage es nur, damit das da gleich richtiggestellt wird. Hat jemand was dagegen, dass jetzt ein Foto gemacht wird? Dann bitte das fortzuführen. Danke.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Ja, ich war beim forstrechtlichen Verfahren, das leider per Fristablauf durch Devolutionen an das Land Steiermark gegangen ist. Bei der Stadt Graz läuft derzeit das ausständige naturschutzrechtliche Verfahren, wo es bereits ein eindeutig negatives ökologisches Gutachten gibt, wo die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes, das heißt, die Wiederaufforstung gefordert wird und es läuft das ausständige wasserrechtliche Verfahren. Das heißt, es ist ganz klar, es ist ein Faktum, die Rodungen in Gösting erfolgten konsenslos, was Wasserrecht und Naturschutz betrifft.

Anfang März sowie von 5. bis 7. Mai 2013 hatten Starkregenereignisse dann zu Schlamm- und Geröll-Lawinen in Richtung Thaler Straße ausgelöst und Grundstücke sowie Häuser massiv beschädigt. Ein Zusammenhang mit der Kahlschlagfläche, die zweifelsohne zu einer Veränderung der Wasserabläufe bei Regen führt, liegt auf der Hand. In Gösting hat sich eine BürgerInneninitiative gebildet, die unter anderem eine

Wiederaufforstung der gerodeten Schutzwaldfläche fordert und von zahlreichen Grazerinnen und Grazern unterstützt wird.

Unser Anliegen ist einfach, wo Wald ist, soll Wald bleiben. Das entspricht auch dem vor, ich glaube, zwei oder drei Tagen, jetzt in Kraft getretenen 4.0 Stadtentwicklungskonzept, mit dem wir uns einige Jahre befasst haben, das sagt der § 26 „Naturraum und Umwelt“ im Teil C, Kapitel 2.1, der erste Punkt ist Erhalt des charakteristischen Landschaftsbildes durch Erhaltung und naturnahe Bewirtschaftung der Waldflächen, also Erhaltung.

Und auch der steirische Waldentwicklungsplan, der eben die Waldverhältnisse darstellt, zeigt eben, wie wichtig der Wald ist und dort ist er ja auch mit einer erhöhten Erholungsfunktion gekennzeichnet. Ein Weingarten kann demgegenüber diese Erholungsfunktion nicht erfüllen, das fängt schon einmal damit an, dass im Wald ein Betretungsrecht herrscht, in landwirtschaftlichen Flächen ist Betreten sehr oft verboten. So wird das auch bei dem Weingarten sein beziehungsweise kommt ein weiteres Problem dazu, nämlich dass durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln Auswirkungen auf das Grundwasser abzusehen sind. Erfreulicherweise ist es so, dass alle Wälder im Grazer Stadtgebiet laut Waldentwicklungsplan die Kategorien „Wälder mit hoher Schutzfunktion oder Schutzwälder“ beziehungsweise „Wälder mit hoher Wohlfahrtsfunktion“ aufweisen und sie sollten daher auch für die Zukunft als Wald erhalten bleiben (*Applaus Grüne*).

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs unterstützt von der KPÖ, folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt möge beschließen:

- 1) Die Stadt Graz bekennt sich zur Erhaltung des Waldes im Grazer Stadtgebiet, der eine wesentliche Funktion im Bereich Hochwasserschutz sowie Naherholung hat. Weiters verpflichtet sich die Stadt Graz, keinerlei Maßnahmen zu setzen, die zu einer Verringerung der Waldflächen im Grazer Stadtgebiet führen würden.
  
- 2) Stadtrat Mag. Mario Eustacchio wird beauftragt, einen runden Tisch einzuberufen, zu dem die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz und des Landes Steiermark sowie der Naturschutzbeauftragte der Stadt Graz und die Umweltschutzbehörde des Landes Steiermark eingeladen werden, um ein Prozedere zu finden, das sicherstellt, dass Fälle, wie jener der Rodungen im Bereich der Ruine Gösting, künftig verhindert werden.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. **Martiner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger, Betroffene, nehme ich an, aufgrund auch des Aktionismus im Vorfeld dieses Antrages. Wir von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion unterstützen natürlich die Dringlichkeit dieses Antrages der Kollegin Andrea Pavlovec-Meixner. Ich möchte aber im Vorfeld, bevor ich auf ein paar Punkte im Motivenbericht eingehe, auch anbringen, dass wir unter Punkt 1 der Antragstellung einen Abänderungsantrag einbringen werden. Liebe Andrea, du hast im Motivenbericht schon ausgeführt, du spannst deinen Bogen über komplett Graz und kommst auch mit den aktuellen Anliegen, was in Gösting passiert ist. Und was in Gösting passiert ist, glaube ich, ist jeder hier im Raum, jede Gemeinderätin, jeder Gemeinderat fassungslos, dass auch so etwas möglich war (*allgemeiner Applaus*). Denn ich habe zufällig durch einen Spaziergang auf einmal diese helle Fläche gesehen und war fassungslos, dass so etwas möglich ist, 10.000 m<sup>2</sup> im tiefsten Waldgebiet herauszuschlagen für ein persönliches Interesse eines Weingartens. Aber, liebe Andrea, in den Ausführungen im Motivenbericht, Wald

muss Wald, Baum muss Baum bleiben, dann sollte man aber auch als grüne Fraktion und ihr sagt, ihr seid die Umweltschützer, ich glaube auch, jeder hier im Raum will die Umwelt schützen, aber für Stadtentwicklung ist es hier oder da, was bei der Ruine Gösting passiert ist, aber hier oder da auch notwendig, auch einen Baum zu fällen, so schlimm es sein mag, aber wenn ich nur an Radwegprojekte zurückdenke oder Sonnenfelsplatz, ist auch ein Baum gefallen (*Applaus SPÖ*). Aber jetzt zum Einbringen, wie könnt ihr die Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Ruine Gösting helfen, ich bringe anschließend bei den mündlichen Anfragen, es wird schriftlich eingebracht, wirklich einen Fragenkatalog, was auch die Bürgerinnen und Bürger gestellt haben, wer zeichnet letztendlich für diese Rodung verantwortlich? Warum wurde die Genehmigung..., auch der Schutzwald, wurde das berücksichtigt, wer kommt für die Verschlammung auf, wer zahlt das und wer kommt jetzt auf für die entstandenen Kosten? Diese Fragen werde ich dann später auch noch einbringen. Aber jetzt zum dringlichen Antrag jetzt zu unserem Abänderungsantrag der SPÖ. Ihr schreibt im Absatz 1 Punkt 1: Weiters verpflichtet sich die Stadt Graz, keinerlei Maßnahmen zu setzen, die zur Verringerung der Waldflächen in Grazer Stadtgebiet führen würde. Das ist Sand in die Augen der Bürger zu streuen. Unser Abänderungsantrag wird so lauten, der Dringlichkeit stimmen wir zu, aber unser Abänderungsantrag wird so lauten: Die Stadt Graz bekennt sich zur Erhaltung des Waldes im Grazer Stadtgebiet, der eine wesentliche Funktion im Bereich Hochwasserschutz sowie Naherholung hat. Weiters verpflichtet sich die Stadt Graz, Maßnahmen, die zu einer Verringerung der Waldflächen im Grazer Stadtgebiet führen würden, nur dann zu setzen, wenn sie aus gesteigertem öffentlichen Interesse erfolgen und mit Ersatzpflanzungen im betreffenden oder in einem anderen Teil des Stadtgebietes verknüpft sind.

Das ist unser Abänderungsantrag zu Absatz 1. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe um Zustimmung dieses Abänderungsantrages und natürlich für die Dringlichkeit auch der SPÖ, auch die Zustimmung und wir werden, soweit es uns möglich ist, alle gemeinsam auch die Anrainerinnen und Anrainer in Gösting unterstützen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wald mit seiner besonderen Schutzfunktion, Grünräume und Grünflächen sind äußerst wichtig. Wichtig für das Stadtklima, für die Lebensqualität und wichtig als Lebensraum für Tier und Mensch. Das steht außer Frage, deshalb werden wir beim ersten Punkt zustimmen. Zum zweiten Punkt, die Wurzel des Übels, was die Ruine Gösting betrifft, liegt in der vorangegangenen Regierungsperiode. Die Bau- und Anlagenbehörde, die in den Zuständigkeitsbereich von Bürgermeister Siegfried Nagl gefallen ist, hat die erwähnte wichtige Frist versäumt. Die Bau- und Anlagenbehörde unter Siegfried Nagl hat diese Frist verstreichen lassen und deshalb ist die Causa ans Land gegangen. In der Regel werden die notwendigen Bewilligungen, wie forstrechtlich, naturschutzrechtlich und wasserrechtlich von der Stadt Graz bearbeitet, damit alles in einer Hand bleibt. Das heißt, das von Ihnen geforderte Prozedere in Punkt 2, das existiert, es ergibt ein rechtliches Prozedere, diese sind im Fall der Rodung bei der Ruine Gösting einfach nicht umgesetzt worden. Stadtrat Eustacchio braucht zu keinem runden Tisch einzuladen, wenn sich alle Antragsteller und Behörden an die vorhandenen Richtlinien halten würden (*Applaus FPÖ*). Der bedauerliche Zustand, der wirklich bedauerliche Zustand in Gösting ist durch Verfehlungen und Versäumnisse in der vorangegangenen Regierungsperiode zustande gekommen und wir werden dem Punkt 2 nicht zustimmen. Ich beantrage die getrennte Abstimmung zwischen Punkt 1 und 2 (*Applaus FPÖ*).

GR. **Haberler**: Geschätzte Gäste, werte Kollegen! Der Anlass für diesen dringlichen Antrag das sind die Rodungen in der Nähe der Ruine Gösting, diese Rodungen sind vom Land Steiermark genehmigt worden. Und durch das Hochwasser, das Jahrhunderthochwasser, das jetzt war, ist es zu Vermurungen gekommen und zu Schäden an unschuldigen Anrainern, dies bedauern wir zutiefst. Deshalb sehen wir uns von der ÖVP in unserem Weg bestätigt, weiter Wälder in Graz selbst zu bewirtschaften, indem wir Wälder zukaufen oder pachten. In der Historie sieht man

sehr genau, wie in den letzten Jahren unter Federführung des Herrn Bürgermeisters wichtige Ankäufe stattgefunden haben sowie Anpachtungen von Kirchenwäldern. Durch jene Ankäufe und Pachtungen, welche die Waldfläche, die die Stadt Graz verwaltet, von 200 auf 600 Hektar hat ansteigen lassen, das ist eine Zunahme von 200 % in den letzten Jahren, haben wir die Möglichkeit, selbst einzuwirken, dass wir, sprich, wenn der Grund uns dort gehört hätte, hätten wir das nicht gemacht, aber wir können einem Privaten natürlich nicht vorschreiben, was er zu machen hat, vor allem wo die Verantwortung beim Land Steiermark liegt, und zu dem Antrag, dass die Waldflächen geringer werden, in Graz haben wir 3000 Hektar Wald. In den letzten zehn Jahren ist der Wald um 100 Hektar vermehrt worden, das sind 3,3 % Zuwachs. Wir von der Volkspartei sehen den Kauf und vor allem, dass wir die Wälder auch selbst bewirtschaften, sehr wichtig, weil das für uns Naherholung und Schutzfunktion ist und deswegen betreiben wir das sofort und deswegen werden wir den Abänderungsantrag von der SPÖ unterstützen (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR.<sup>in</sup> **Thomüller** zum Antrag: Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Ich möchte mich zuerst einmal bedanken, zum Ersten an die Dolmetscherinnen, die das sehr toll machen und auch den Gehörlosen ermöglichen, dass sie hier mitdiskutieren und mithören können (*Applaus KPÖ*). Mein zweiter besonderer Dank gilt natürlich den Menschen der Bürgerinitiative, die heute sehr zahlreich erschienen sind und sehr mit ihrem Engagement wirklich glänzen, danke dafür (*Applaus KPÖ*). Meinen dritten Dank möchte ich der grünen Partei aussprechen für die Antragstellung, die ich nur immer wieder unterstreichen kann, wie wichtig und brisant das Thema ist, man sieht es ja, es brennt wirklich unter den Nägeln bei der Ruine Gösting, ist wirklich nur zu unterstreichen (*Applaus KPÖ*). Ein

Punkt, was mich ein bisschen bedrückt hat heute im Vorfeld, den man leider nicht aufnehmen können, also mein Zusatzantrag ist leider gestrichen worden betreffend den wesentlichen Punkt, der eigentlich herausgestrichen gehört und der eigentlich in den Fokus und in den Hinterköpfen gespeichert werden sollte, ist dass auf der Ruine Gösting die Wiederaufforstung betrieben werden muss und das ist das Einzige, das die Umwelt (*Applaus KPÖ und Bürgerinitiative*), das ist der wesentliche Punkt, das die Umwelt und wirklich die Menschen dort, die wirklich akut auch unter Lebensgefahr stehen können bei den massiven Regenfällen, wirklich schützen kann. Und wenn die Frage aufkommt, wer soll das bezahlen, wer trägt die Schuld dafür, wer hat das roden lassen, dann ist meiner Meinung nach idealerweise der Herr [REDACTED], der die Rodungen vollzogen hat, auch dazu zuständig, dass er Schadenersatzzahlungen zahlt und für die Aufforstung auch wieder zuständig. Danke Ihnen herzlich (*Applaus KPÖ*).

***Zwischenruf GR. Mag. Molnar: Rechtlich, wie geht das?***

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank. Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine geschätzten Damen und Herren auf der ZuhörerInnengalerie! Ich möchte auch ganz gern ein paar Sätze, ein paar Bemerkungen zur heutigen Diskussion, aber generell zur Vorgehensweise sagen. Wenn hier im dringlichen Antrag dann drinnen steht, die Stadt bekennt sich zur Erhaltung des Waldes im Grazer Stadtgebiet, der eine wesentliche Funktion im Bereich Hochwasserschutz sowie Naherholung hat, dann kann ich nur sagen, das ist in der Stadt Graz eine Selbstverständlichkeit, weil wir in dieser Landeshauptstadt Graz über 50 % unseres gesamten Stadtgebietes als Grünflächen haben und über ein Viertel unseres Stadtgebietes Wald darstellt. Die Stadt Graz hat im Gegensatz zum Landesgesetzgeber schon unter Erich Edegger hier im Grazer Gemeinderat damals beschlossen, dass dem Wald und dem Grünraum eine

besondere schützenswerte Funktion zukommt und deswegen haben wir weit über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus den Grüngürtel der Stadt Graz festgelegt und fixiert. Das ist einmal ein ganz ein wichtiger Punkt (*Applaus ÖVP*). Zweitens hat der Herr Gemeinderat Haberler auch darauf verwiesen, dass der Grazer Wald Jahr für Jahr ganz gewaltig zuwächst, das heißt, wir haben eine solche große Menge an Waldzuwachs, dass sie das auch wirklich liebend gerne sich einmal anschauen können, wir machen ja immer die Flugfotos, das heißt, Graz wird immer regelmäßig befliegen, es wird von oben genau kontrolliert und wir haben eine sehr, sehr positive Grünbilanz in der Stadt Graz auch wirklich herzuzeigen. Dritter Punkt, und das ist mir jetzt auch wichtig, ich bin damals hereingekommen in die Grazer Stadtregierung im Jahre 1998 und bin dann zuständig gewesen gleich als Erster für den städtischen Wald und es hat damals in den Zeitungen aufgrund von Rodungen und einer neu angelegten Straße am Buchkogel, Forststraße, einen Wirbel gegeben der Sonderklasse. Das, was wir gemacht haben als Stadt Graz, ist, wir haben ein Naherholungswirtschaftskonzept entwickelt mit Profis und zwar ein nachhaltiges Waldbewirtschaftungskonzept, für das wir auch ausgezeichnet worden sind und wo die politischen Debatten auch vererbt sind, weil wir sind so lange in den Wald gegangen und haben dazugelernt, bis wir diesen Fahrplan für die Stadt Graz entwickelt haben. Wichtiger Bestandteil dieses Fahrplans war, dass die Stadt Graz versuchen soll, möglichst auch bei diesem Wildwuchs und bei diesen vielen Parzellen des Waldes eine Gesamtheit herzustellen, das heißt, kauft, wo immer es geht, in manchen Bereichen die Wälder auf, wenn es Private hergeben. Das versuchen wir und wir haben auch ganz klar gesagt, wo in Graz hat der Wald welche Funktion. Manche wünschen sich, wenn ich so sagen darf, einen Urwald, den darfst du gar nicht überall zulassen aus gesetzlichen Sicherheitsüberlegungen, manchmal hat er verschiedene Funktionen vom Sport, von der Naherholung bis zur Jagd hin und da wurde ein toller Kompromiss damals gefunden und diesen Weg gehen wir sehr erfolgreich. Wir versuchen auch, laufend Waldflächen zu kaufen, Kollege Rüscher hat in den letzten Jahren auch als zuständiger Stadtrat viele Flächen bekommen können, eine Fläche haben wir leider nicht bekommen können und da rede ich jetzt gar nicht

nur von jenen Personen, die jetzt betroffen sind in der Naherholungsfunktion oder unmittelbar als Anrainer und auch als Geschädigter, sondern da ging es generell auch um das Thema der Ruine und des Schutzvereines der Ruine Gösting. Es ist natürlich ein großer Unterschied, ob eine so große Waldfläche, ein solches Ausflugsziel öffentlich gebraucht werden darf, oder ob diese Flächen, wenn ich so sagen darf, jemand Privater für seine Zwecke auch nutzen will. Und ich bin mehrfach mit Herrn [REDACTED] zusammengesessen und habe auch darum ersucht und gebeten, ob wir diesen Wald kaufen können, das hat nur leider bis zum heutigen Tag nicht stattgefunden und Sie wissen sowohl vom Schutzvereine für die Ruine als auch jetzt, sage ich jetzt, traurigerweise durch das, was jetzt vor Ort passiert ist, dass er dort Überlegungen hat, die er mit niemandem teilt, sondern dann plötzlich damit beginnt zu arbeiten. Jetzt kommt der Punkt, wo die Stadt Graz in der Baubehörde, ich sage es jetzt, ohne mein Wissen, jemand nicht den Akt so bearbeitet hat in der Geschwindigkeit, wie er es hätte tun sollen, es wurde der Devolutionsantrag gestellt, diese Frist ist vorübergegangen und damit landete die ganze Geschichte beim Land Steiermark und das Land Steiermark genehmigt, wenn ich so sagen darf, zwei Dinge. Einmal die Rodung und gleichzeitig die Umwidmung, und das ist schon ein wichtiger Punkt, weil die bundes- und landesgesetzlichen Regelungen sehen für die Landwirtschaft und für den land- und forstwirtschaftlichen Bereich natürlich Möglichkeiten einer Nutzungsänderung vor. Es kann ja nicht sein, dass künftig jeder Bauer in Österreich keine Chance mehr haben soll, aus einem Wald unter Umständen einen Weingarten zu machen, die Frage ist, ob er dort an der richtigen Stelle ist oder nicht. Die Frage ist, ob es ein Schutzwald ist oder nicht. Wenn er als solcher ausgewiesen wird, dann dürfte das Land Steiermark eine solche Geschichte ja gar nicht genehmigen und das ist ein wichtiger Punkt (*Applaus ÖVP*). Das will ich Ihnen nur sagen. Was kann man jetzt tun? Also ich glaube nicht, bei all den Aktivitäten in der Burg, all den Aktivitäten, die rund um die Ruine gemacht werden, dass wir als Stadt Graz künftig in den Besitz dieser Liegenschaft kommen werden. Ich kann es wiederum versuchen, habe es schon mehrfach versucht, aber bin auch daran gescheitert. Und jetzt geht es nur darum zu sagen, so, es gibt die

Wiederaufforstungswünsche, es wird aller Voraussicht nach vielleicht ein Weingarten sein, das wird das Land jetzt zu entscheiden haben, das kann ich Ihnen heute gar nicht sagen, sollte Ihnen da herinnen auch keiner versprechen, weil es außerhalb unserer Möglichkeiten liegt. Wir werden heute, und das wurde vielleicht auch klar gesagt, ein Bekenntnis dazu abgeben, dass man künftig vernünftig mit dem Thema Wald auch weiterhin umgeht, deswegen glaube ich auch, dass der Abänderungsantrag gut ist, weil es auch immer wieder notwendig sein wird, wenn gesteigertes öffentliches Interesse da ist, dass Bäume wo gefällt werden können, aber dass Ersatzpflanzungen vorkommen. Das ist die veränderte Situation in diesem Punkt. Ich glaube auch nicht, dass ein runder Tisch, den wir dem Herrn Stadtrat Eustacchio heute verordnen, da irgendwas dran ändern wird und selbstverständlich pflichte ich auch unserer jungen Gemeinderätin bei, die gerade am Rednerpult war und gesagt hat, naja, derjenige, der den Schaden verursacht hat, hat den Schaden auch wieder gutzumachen. Aber das werden natürlich alle Verfahren und alle Streitigkeiten, die da sind, zum Schluss ergeben. Es ist mehr als bedauerlich, dass zeitgleich auch noch diese Regenfälle so einsetzen und dass Anrainer in einer so starken Form betroffen waren, wie das in Graz der Fall war. Das ist, so mein Statement dazu, meine Bitte ist nur, generell hat die Stadt Graz zum Thema Wald eine Haltung, die Sie kaum in anderen Städten wo finden und wir haben auch eine Schutzfunktion drübergelegt, es hat sich im letzten Stadtentwicklungskonzept, das wir auch wieder, ich glaube fast in allen Punkten, einstimmig beschlossen haben, gezeigt, einen großen Wert darauf legt, dass Wald in Graz nicht weniger wird, sondern erhalten wird. Wie es wirklich ausgehen wird, kann im Moment hier keiner sagen (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Danke liebe Kolleginnen und Kollegen für die Wortmeldung. Ich möchte mich bei der Kollegin Thomüller besonders bedanken für die Unterstützung und auch sagen, dass das wirklich sehr schwierig war, diesen Antragstext zu formulieren, weil wir eben keine Anträge stellen dürfen, die in ein

laufendes Verfahren eingreifen beziehungsweise Anträge im übertragenen Wirkungsbereich, deshalb musste da auch sehr allgemein sein und mir tut es auch sehr leid, dass der Antrag für Wiederaufforstung aus genau diesem Grund abgelehnt wurde. Herr Bürgermeister, ich muss Ihnen schon sagen, ich weiß, dass in Graz der Wald sehr nachhaltig bewirtschaftet wird, ich habe mich persönlich mit den beiden Förstern überzeugt, bin zwei Tage auch im Wald unterwegs gewesen und habe das sehr schätzen gelernt. Es gäbe sehr schöne Flächen, die man ankaufen könnte, leider hat die Stadt da in den letzten Jahren, wahrscheinlich schon ein bisschen früher, manche Grundstücke nicht gekauft, die sie kaufen hätte sollen, zum Beispiel am Plabutsch auch, aus welchen Gründen auch immer. Was dort passiert, kann ich Ihnen schon sagen, weil das passiert einfach schon, es wird dort ein Weingarten angelegt, davon gibt es auch schon Fotos, das ist dokumentiert und ich denke, die Stadt Graz kann da schon was machen und ich möchte da zitieren aus dem Schreiben von einem Juristen vom Land Steiermark ganz kurz und zwar schreibt er da: „Zu Ihrer Anfrage am 24. Mai wird mitgeteilt, dass in unserem Verfassungssystem in der Verwaltung das sogenannte Kumulationsprinzip herrscht, das heißt, dass für ein Projekt Genehmigungen nach verschiedenen MaterienGesetzen erforderlich sein können und der Konsenswerber um jede einzelne Genehmigung bei der Behörde einkommen muss. Erst wenn er sämtliche Genehmigungen erlangt hat, darf er mit der Ausführung des Projektes beginnen. Beginnt er mit dem Bau eines Projektes ohne alle Genehmigungen, so muss diejenige Behörde, von der er noch keine Genehmigung besitzt einschreiten und die Arbeiten einstellen.“ Herr Bürgermeister, das ist die Naturschutzabteilung, das ist die Wasserrechtsabteilung der Stadt Graz, von denen er keine Genehmigung hat. Das heißt, wenn das stimmt, was der Herr [REDACTED] vom...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Das schreibt der Herr █████ vom Land Steiermark, der Jurist. Zu einem weiteren Punkt, Frau Kollegin Schleicher. Das, was ich da fordere als zweiten Punkt, ist eine bewusstseinsbildende Maßnahme, das ist überhaupt nicht böse gemeint, sondern es zeigt oft die Erfahrung, dass das einfach oft nicht der Fall ist, dass Leute, die um eine Bewilligung ansuchen, auch wirklich erfahren, welche Bewilligungen sie brauchen und dann anfangen, was zu bauen. Und deshalb war einfach die Idee, dass so ein runder Tisch da sehr gut dazu beitragen könnte. Ein Beispiel ist zum Beispiel, dass ich erfahren habe, dass seit kurzem erst, wenn in der Stadt Graz jemand einen Baubewilligungsbescheid bekommt, dass dort steht, in bestimmten Gebieten, wenn zum Beispiel das in einem Landschaftsschutzgebiet ist, dass er diesen Baubewilligungsbescheid erst konsumieren darf, wenn der naturschutzrechtliche Bescheid da ist. Also offensichtlich ist das nicht so klar, dass die Menschen immer informiert werden und die Idee von dem runden Tisch war einfach, dass man sich da einmal zusammensetzt und sich überlegt, wie kann man die Kommunikation so sicherstellen, dass die Leute auch wirklich wissen, dass sie nicht einfach anfangen können zu bauen, ohne dass sie alle Genehmigungen haben. Vielleicht können Sie sich das nochmal überlegen mit der Zustimmung zu einem runden Tisch. Und was den Abänderungsantrag der SPÖ betrifft, muss ich wirklich herzlich lachen, es ist komplett unglaublich.

*Zwischenruf GR. Grossmann: Es ist ja schön, wenn du gut unterhalten wirst.*

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Es ist wirklich unglaublich, weil Sie wollen daher tatsächlich, dass genau das, was momentan beim Fall █████ passiert, vom Gemeinderat der Stadt Graz noch gutgeheißen wird.

***Zwischenruf GR. Grossmann: Genau lesen. Das steht da nicht.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Ich war heute Vormittag bei den zuständigen Stellen des Landes gemeinsam mit der BürgerInneninitiative, wir haben uns das Gutachten angeschaut vom Herrn [REDACTED], da steht drinnen, dass es ein hohes Interesse gibt, dass dieser Wald erhalten bleibt und die Entscheidung, dass das kein Wald mehr ist, hat ein Jurist des Landes getroffen und zwar genau mit dem gesteigerten öffentlichen Interesse getroffen und hat sich bezogen auf ein Schreiben vom Tourismusverband und auf ein Schreiben von der Steirischen Landwirtschaftskammer und wenn Sie jetzt sagen, dass Maßnahmen nur dann zu setzen sind, wenn sie aus gesteigertem öffentlichen Interesse erfolgen, dann wollen sie hier, dass die Lex [REDACTED] einbetoniert wird, dass der Grazer Gemeinderat das noch gutheißt, was hier passiert, genauso ist es, weil genau dieses gesteigerte öffentliche Interesse ist das Problem (*Applaus Grüne und Bürgerinitiativen*).

***Zwischenruf GR.in Gesek: Das ist eine Unterstellung.***

***Zwischenruf GR. Grossmann: Das ist reiner Populismus.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Das ist kein Populismus, da oben auf der Galerie stehen einige Damen und Herren, die das bestätigen können, die waren heute Vormittag dabei. Es steht in dem Bescheid, im forstrechtlichen Bescheid des Landes

Steiermark drinnen, dass es ein überwiegendes öffentliches Interesse gibt und das wollen sie hier einzementieren und das schockiert mich zutiefst (*Applaus Grüne und Bürgerinitiativen*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich glaube, wir bekommen ja im Gemeinderatssaal auch immer, wenn Zuhörerinnen und Zuhörer da sind, immer den klaren Beweis, dass man dann versucht, wer kann da schuld gewesen sein. Eines, und darüber haben sich jetzt viele aufgeregt, ist dass, ich glaube, da herinnen niemand sitzt, keine Fraktion, kein Gemeinderat, der es gutheißen würde oder mitunterstützen wollte, dass aus der Ruine Gösting und alles was dort ist, Wald gerodet wird und ein Weinhang angelegt wird, ich glaube, das gehört einmal deutlich gesagt (*allgemeiner Applaus*). Ich werde jetzt auch nicht herumtun und wieder sagen, wann hat die Rodung genau stattgefunden, weil bis Ende Jänner und Anfang Februar war ich zuständig und dann war es schon wieder jemand anderer in der Stadtregierung, weil das ist genau das, was auch die Damen und Herren auf der Galerie gar nicht hören wollen. Faktum ist, dass ich, wenn ich so sagen darf, und jetzt nehme ich das auf mich sogar, in der Bau- und Anlagenbehörde, zuständig für diese Behörde, auch erst aus der Zeitung erfahren muss, dass plötzlich dieser Wald gerodet worden ist und dann ist es schon passiert und jetzt sage ich noch einmal, da gibt es Versäumnisse, da können wir dann innerbetrieblich nachschauen, welcher Mitarbeiter, welcher Beamte, welche Beamtin da nicht rechtzeitig gearbeitet hat. Aber ich will das nur einmal von der politischen Ebene wegbringen und sagen, ja, da sind Fehler passiert, weil es nicht von Seiten der Stadt bearbeitet worden ist. Das Land hat eine Genehmigung erteilt und jetzt sage ich auch noch einmal dazu, es liegen die Genehmigungen nicht vor und der Eigentümer und Besitzer des Waldes hat mit seinen Arbeiten begonnen, ohne dass er es tun hätte dürfen und er wird aus meiner Sicht auch für diese Schäden aufzukommen haben. Es wird im Land entschieden werden (*Applaus ÖVP*), ob es soweit kommt oder nicht. Es interessiert, wenn ich so sagen darf, die Bürgerinnen und Bürger von Graz nur eines,

erstens, kann wieder ein Wald daraus werden und zweitens, wenn es kein Wald mehr wird, wie können wir verhindern, dass Nachbarn in der Art und Weise geschädigt werden, wie das jetzt passiert ist und da hoffe ich, dass auch die zuständigen Damen und Herren des Landes dann auch einmal sich diese Geschichte näher ansehen. Wir sind overruled worden, weil wir auch nicht gehandelt haben. Ich kann aber nur sagen, ich kenne keinen da herinnen, der gesagt hat, super, das unterstützen wir und jetzt soll der ■■■ das machen. Aber es kommt ein bisschen so heraus und darüber haben sich...

***Zwischenruf unverständlich.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, das ist versäumt worden (*Applaus ÖVP*). Jetzt haben wir einen Abänderungsantrag vom Herrn Gemeinderat Andreas Martiner bekommen, der ist vor dem Antrag abzustimmen. Der Antrag lautet eben, dass sich die Stadt bekennt zur Erhaltung des Waldes im Grazer Stadtgebiet, eine wesentliche Funktion des Hochwasserschutzes sowie Naherholung hat, das ist noch ident, weiters verpflichtet sich die Stadt Graz, Maßnahmen, die zu einer Verringerung der Waldflächen im Grazer Stadtgebiet führen würden, nur dann zu setzen, da kann aber nur unser eigener Wald gemeint sein, so muss man es in der Definition aufpassen, wenn sie aus gesteigertem öffentlichen Interesse erfolgen und mit Ersatzpflanzungen im betreffenden oder in einem anderen Teil des Stadtgebietes verknüpft sind. Sind es private Wälder, und das ist jetzt auch wichtig, Frau Pavlovec-Meixner, sind es private Wälder, gibt es private Bauvorhaben in der Stadt, wird die Stadt Graz aus meiner Sicht auch alles Mögliche tun, dass die Alternativflächen auch im Zuge der Verfahren geschaffen werden und damit ist das, wenn ich so sagen darf, vielleicht auch klar ausgesprochen, wie es hier alle sehen, weil garantieren können wir nur für unsere

Flächen. Wir können aber auch die Obsorge übernehmen, dass es Ausgleichsflächen in den Verfahren gibt (*Applaus ÖVP*).

***Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde mit Mehrheit angenommen.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Und damit stimmen wir den zweiten Punkt ab, dass alles seine Ordnung hat. Wer dafür ist, dass der Herr Stadtrat Mag. Eustacchio beauftragt wird, einen runden Tisch einzuberufen und auch die zuständigen Abteilungen der Stadt und des Landes sowie der Naturschutzbeauftragte der Stadt Graz und die Umweltschutzbehörde des Landes dazu eingeladen werden, den bitte ich jetzt auch um Zeichen mit der Hand, wer dafür ist.

***Punkt 2) des dringlichen Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit ist der Punkt 2) nicht durchgegangen, ich kann Ihnen aber auch versichern, dass wir dieses Thema ja im Naturschutzbeirat haben. Im Naturschutzbeirat sind im Übrigen so ziemlich alle Stellen, die Sie auch aufgeführt haben, miteingeladen und arbeiten alle drei Monate spätestens mit mir und mit uns zusammen schon über Jahrzehnte hinweg und wir werden das dort wieder thematisieren und damit diese Anliegen auch ans Land Steiermark weitergeben (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. **Eustacchio**: Einen Satz dazu, damit das nicht in die falsche Kehle kommt. Selbstverständlich werden wir diese Gespräche suchen, weil auf der Beamtenebene jetzt natürlich eh auf gut steirisch „Feuer am Dach“ ist und das natürlich ein Gebot der Stunde ist. Also, das ist ein Versprechen, da brauchen wir aber keinen eigenen runden Tisch, sondern das passiert jetzt natürlich automatisch, weil wir uns da koordinieren müssen, dass so etwas nie wieder passiert (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Auf der Galerie, die der Sitzung nicht mehr beiwohnen, danke ich, und habe die Bitte, dass wir auch künftig einhalten, dass möglichst von Seiten der ZuhörerInnengalerie keine Dinge ausgerollt werden und heruntergeworfen werden, weil es auch immer um die Sicherheit der Gemeinderatsmitglieder und unserer Mitarbeiter geht, deswegen bitte auch da um Verständnis, dass es eine solche Regelung gibt. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

## **7) Evaluierung des Steiermärkischen Veranstaltungsgesetzes und Überarbeitung der Veranstaltungssicherheitsverordnung, Petition an den Landesgesetzgeber**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Bei meinem dringlichen Antrag geht es um eine Evaluierung des Steiermärkischen Veranstaltungsgesetzes und um Überarbeitung der Veranstaltungssicherheitsverordnung, Petition an den Landesgesetzgeber. Wie Sie wissen, ist seit 1. November 2012 das Steiermärkische Veranstaltungsgesetz in Kraft, unter dem vor allem VeranstalterInnen und Kulturschaffende des Landes massiv leiden. Ich denke mir, Sie alle werden damit befasst worden sein, die Wirtschaftskammer hat sich zu Wort gemeldet, die Messe Graz hat sich zu Wort

gemeldet, verschiedenste Veranstalter haben sich zu Wort gemeldet, dass sie sich eine Umsetzung dieser Verordnung nicht leisten würden können. Da geht es um Auflagen bezüglich Toiletten, es geht um Auflagen bezüglich Ordner und Ordnerinnen, es gibt eine Neuregelung, was Großveranstaltungen, was Kleinveranstaltungen sind. Kleinveranstaltungen sind bis 300 Leute, also es ist einiges in diesem Gesetz drinnen, sowohl in der Verordnung als auch im Gesetz. Die Verordnung ist bereits in einer Novelle oder in einem Novellierungsverfahren und unser Antrag geht jetzt in diese Richtung, sich auch mit dem Gesetz noch einmal zu befassen. Die Frau Stadträtin Rücker hat dazu vor kurzer Zeit einen runden Tisch gemacht, wo auch noch einmal ganz massiv die verschiedenen Schwierigkeiten thematisiert worden sind. Es geht auch um Spielstätten, es ist einfach der Wurm drinnen in diesem Gesetz. Und deswegen sollte man sich das anschauen. Was ich sehr interessant gefunden habe, ist, ich habe bei meinen Recherchen den Werner Schrempf angerufen, den Sie wahrscheinlich alle kennen, La Strada-Veranstalter, und er hat zu mir gesagt, es ist das erste Mal, dass ihn jemand fragt, was er zu diesem Gesetz denkt beziehungsweise zur Verordnung, weil er wurde nicht einbezogen. Es geht um Veranstaltungen im öffentlichen Raum und das größte Festival, das in Graz stattfindet, wurde nicht einmal in die Expertise miteinbezogen. So geht es nicht nur einem Schrempf, so geht es ganz, ganz vielen anderen und deswegen möchten wir an den Gemeinderat herantreten und ich formuliere jetzt den dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt am Petitionsweg an den Landesgesetzgeber heran und fordert eine Evaluierung des am 1.11.2012 in Kraft getretenen Steiermärkischen Veranstaltungsgesetzes 2012 auf Basis der bisher gemachten Erfahrungen.

Beim Punkt 2 bitte ich die ÖVP gut zuzuhören, weil da habe ich dem Harry Pogner seine Anregung aufgenommen und das etwas abgeändert.

2. Die Evaluierung hat unter Einbindung aller vom Gesetz betroffenen Interessensvertretungen, insbesondere aber unter Einbindung von KulturveranstalterInnen und Kulturschaffenden und allen VeranstalterInnen,

das ist der Zusatz, der mit der ÖVP dann noch hingekommen ist, der Stadt Graz zu erfolgen.

3. Die Ergebnisse der Evaluierung sollen gegebenenfalls in eine Novellierung des Steiermärkischen Veranstaltungsgesetzes 2012 einfließen, zumindest aber bei der Überarbeitung der in Begutachtung befindlichen Veranstaltungssicherheitsverordnung Berücksichtigung finden.

Eine Anmerkung noch, wenn man das Gesetz anschaut und ich tue ja manchmal ganz gerne googeln und bin froh, dass es Google gibt und wenn man dann auf die RIS-Datenbank geht und das Veranstaltungsgesetz eingibt, geben Sie einmal den Begriff Kultur ein, er kommt im ganzen Gesetz, im gesamten Veranstaltungsgesetz, das übrigens von der Reformpartnerschaft, nicht von den Oppositionsparteien, beschlossen worden ist, kein einziges Mal vor und das ist für ein Gesetz, das eigentlich denen dient und der Sicherheit der Personen dient, die Kultur machen, die den öffentlichen Raum bespielen, die diese Stadt zum Leben bringen wollen, sehr erbärmlich und ich hoffe, Sie stimmen der Dringlichkeit und dem Antrag zu. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Pogner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegin Polz hat eines richtig erkannt und zwar, dass es eine Verunsicherung gibt, was das Veranstaltungsgesetz betrifft. Eine Verunsicherung bei Veranstaltern/Veranstalterinnen und da muss man dazusagen, das stimmt schon, dass man da, wie gesagt, eine gewisse neue Situation geschaffen hat im November des Vorjahres, wie man dieses Gesetz beschlossen hat. Aber, und das ist das große Aber, was man auch dazusagen muss, wenn man den Motivenbericht liest, dann wird diese Verunsicherung da vor allem damit begründet, dass also viele VeranstalterInnen nicht mehr wissen, ob sie ihre Veranstaltung durchziehen können, ob sie sie machen können, ob sich das zeitlich alles ausgeht, ob die Behörde da noch rechtzeitig sämtliche Genehmigungen erteilt und da darf ich ganz klar eines sagen,

also zwei Dinge möchte ich dazusagen. Erstens einmal hat ein Veranstaltungsgesetz, und die Veranstaltungen waren schon immer anzumelden, auch vor Gesetzesbeschluss, vor dem 1. November 2012, und seither ist es einfach, wie gesagt, etwas aufmerksamer geworden, aber in diesem Zeitraum, seit 1.1.2012 bis 31. Mai wurden über 400 Veranstaltungen gemeldet, 70 wurden angezeigt und zwei waren Großveranstaltungen und obwohl sämtliche Fristen nicht immer eingehalten wurden, obwohl die Fristen der Antragstellung unterschritten wurden, sind alle Veranstaltungen, und zwar rigoros alle, und lückenlos von der Behörde genehmigt worden. Das heißt, die Behörde hat hier sehr gut gearbeitet und hat, obwohl Fristen, wie gesagt, versäumt wurden, sehr großzügig darüber hinweggesehen und hat die Genehmigungen erteilt, damit eben alle Veranstaltungen auch wirklich rechtzeitig über die Bühne gehen konnten. Ein weiterer Punkt ist, dass es heißt, ob sich die Veranstalter das überhaupt leisten können. Dazu muss man noch ausführen, dass also Veranstaltungen von einem hohen Kostenbetrag, denn die meisten Veranstaltungen kosten 20 Euro, 20 Euro zum Anmelden und die können auch gebündelt angemeldet werden. Also das heißt, die Behörde hat ordnungsgemäß gearbeitet, gegen eine Evaluierung, der kann man natürlich nichts entgegensprechen, also eine Evaluierung eines Gesetzes, warum nicht, es kann immer besser gemacht werden, da haben wir überhaupt nichts dagegen. Aber wir sind gegen diesen Motivenbericht, der wirklich Sachen den Behörden unterstellt, die wir so nicht sehen. Daher haben wir einen Abänderungsantrag, einerseits, wie gesagt, wegen dem Motivenbericht, andererseits zum Punkt 2 des Antrages selbst gefasst und der Abänderungsantrag wird unterstützt von den Klubs der SPÖ und der FPÖ und der lautet, wie gesagt, auch mit einer kleinen Vorbemerkung: Die Fraktionen von SPÖ, FPÖ und ÖVP distanzieren sich vom gegenständlichen Motivenbericht der Grünen, stehen aber einer grundsätzlichen Evaluierung des Veranstaltungsgesetzes positiv gegenüber. Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion und der anderen Fraktionen stelle ich daher folgenden Abänderungsantrag: Die Antragspunkte 1 und 3 bleiben unverändert und der Antragspunkt 2 heißt, würde dann, wenn Sie zustimmen nur mehr heißen: „Die Evaluierung hat unter Einbindung aller vom Gesetz betroffenen

Interessensvertretungen zu erfolgen.“ Dankeschön und bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Antragstellerin! Eigentlich auch schon zum Inhalt, aber der Kollege Harry Pogner ist schon drauf eingegangen, darum darf ich das seitens der FPÖ noch einmal unterstreichen, das Ansinnen der Frau Kollegin stimmt schon, es gibt teilweise jetzt komplizierte Abläufe beim Beantragen einer Veranstaltung, die gehören evaluiert, überarbeitet diese Richtlinien, ist, soweit ich weiß, ohnehin im Gange im Land und im Motivenbericht führt sie eben aus, dass gerade die Kulturveranstaltungen ausgenommen werden, dass es... also in ihrer Stellungnahme sollten sie extra ausgenommen werden, das ist jetzt ein kleiner Bereich, wo sie den Fokus hinsetzt und ich habe auch die Mitteilung bekommen, es ist derzeit noch keine Kulturveranstaltung nach den neuen Veranstaltungsgesetz nicht bewilligt worden. Also das Problem ist nicht aufgetreten und es gibt natürlich auch bei kleineren Vereinen, aber auch, wenn ich jetzt in der Messe, in der MCG eine Veranstaltung abhalten will, hier durchaus komplizierte Vorgänge, die man auf jeden Fall verbessern kann. Dennoch bin ich froh, dass es auch dieses Veranstaltungsgesetz gibt, der Auslöser waren ja die Vorfälle in Duisburg und da ist natürlich wichtig, dass man auf die Sicherheit der Besucher setzt und da sind die Grünen, wie gesagt, schon ein bisschen zwiespältig, auf der einen Seite, da hat es ja den Kaprun-Unfall gegeben und deshalb machen wir jetzt Sicherheitsräume bei den Straßenbahnen und sind froh und da stimmen die Grünen ja auch mit, dass es diese Räume gibt und bei anderen Veranstaltungen, wo es ja auch um Menschenleben geht, sehen sie hier Bedenken. Daher bin ich froh, dass wir jetzt gemeinsam den Abänderungsantrag durchbringen werden, wo wir das in die richtigen Bahnen lenken werden und das Gesetz dementsprechend evaluieren können. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat! Ich darf vielleicht, wie bei einer Live-Berichterstattung einsteigen und mitteilen, dass das Land Steiermark ja heute bis 16.00 Uhr eine Sitzung genau wegen diesem Gesetz hatte. Noch einmal, das Gesetz ist ja schon vor einem Jahr beschlossen worden. Es ging jetzt um eine Durchführungsverordnung, die, wenn ich so sagen darf, uns im Stadtsenat, mich als Bürgermeister auch auf den Plan gerufen hat, weil es unmöglich gewesen wäre in Graz überhaupt noch eine Veranstaltung durchzuführen. Ich habe immer gewitzelt und habe gesagt, ich weiß gar nicht, wie ein solcher Entwurf überhaupt bis zu uns kommt, weil ich glaube, der Herr Landeshauptmann selbst hätte bei einem Empfang im Weißen Saal der Burg oben ziemliche Probleme bekommen, wenn man das umgesetzt hätte, was da als Vorschlag gekommen ist. Und das, was wir uns gewünscht haben, ist, dass man nicht nur die Durchführungsverordnung anschaut, sondern dass man im Zuge dessen gleich noch einmal darüber nachdenkt, was denn da vor einem Jahr hineingeschrieben worden ist. Weil das, was so weh tut ist, dass dieses Gesetz und diese Verordnung bewirkt hätte, dass jeder sein ehrenamtliches Engagement ordentlich zurückschraubt. Wer jetzt in letzter Zeit versucht hat, eine Veranstaltung in Graz durchzuführen, hat eine solche Fülle von Auflagen und Dingen bekommen, dass die Menschen sagen, ich mache das einfach nicht mehr. Da ist neben der Kultur auch viel Caritatives dabei. Das ist wirklich soweit gewesen, dass die Leute gesagt haben, ja dann hören wir halt auf, wenn der Gesetzgeber, wenn das Land das von uns nicht mehr will dieses Ehrenamt und deswegen haben sie heute auch beschlossen, dass es nicht nur einen neuen Verordnungstext geben soll, sondern dass das Gesetz auch evaluiert werden soll. Also das sind die neuesten Nachrichten von der Landesebene (*Applaus ÖVP*) und wir sind gut unterwegs, ich hoffe, es wird auch wirklich passieren, weil es wäre schon schade, wenn wir dieses Engagement von Bürgern so einschränken würden, aber nicht außer Acht zu lassen, dass es bei Veranstaltungen auf der Welt leider Gottes auch schon schlimme Zwischenfälle gegeben hat. Aber man kann unter dem Thema Sicherheit nicht dann alles subsumieren und ich glaube, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und darauf hat Gemeinderat Harry Pogner auch hingewiesen, sehr darauf bedacht waren,

etwas zu ermöglichen und das schon schwierig genug ist, weil es hat noch keine Verordnungsermächtigung gegeben, es hat aber ein Gesetz gegeben und irgendwo haltest du bei all den Dingen, wenn du als Mitarbeiter des Magistrates dann ja sagst, auch deinen Kopf hin, wenn etwas passiert. Und diesen Spagat haben in der Zwischenzeit unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so gemeistert, dass alles hat stattfinden können und dafür sollten wir ihnen heute auch danke sagen, es ist nicht lustig, wenn was passiert, sind sie nämlich dran (*allgemeiner Applaus*).

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Ich möchte das jetzt noch kurz ergänzen, danke, Herr Bürgermeister, Sie haben es sehr deutlich zusammengefasst. Aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass in diesem Motivenbericht in keinem Wort über die Behörde negativ berichtet wird. Ich habe auch deswegen bei dem runden Tisch die Vertreter der Behörden eingeladen gehabt, die uns dort ganz massiv bestätigt haben, dass einerseits die Verordnung ein Problem ist, an der gearbeitet wird, wir dann ja zum Glück erreicht haben, dass sie in die zweite Schleife kommt und dass sie gesagt haben, das Veranstaltungsgesetz, so wie es beschlossen wurde, ist nicht in allen Punkten praktikabel. Also es ist so, dass die Behörde in diesem Motivenbericht in keinem Punkt kritisiert wird, kritisiert wird der Gesetzgeber, der sich offensichtlich nicht mit allen Betroffenen vorher auseinandergesetzt hat. Insbesondere nicht mit Kulturveranstaltern und Kulturschaffenden. Das wollte ich noch einmal klarstellen, weil hier wird was unterstellt, was im Antrag so nicht vorkommt (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Ich bedanke mich für die Diskussion. Eines vielleicht noch zum Motivenbericht, wenn Sie genau hinschauen und ein bisschen schauen, was die Wirtschaftskammer so schreibt, dann werden Sie da Ähnlichkeiten finden und ich glaube, die Wirtschaftskammer Steiermark ist alles andere als unter Grünverdacht, würde ich einmal sagen. Aber es ist so, weil das mit den Kosten genannt worden ist. Sie haben genannt, wie viele Veranstaltungen stattgefunden haben, wir wissen, wie viele Veranstaltungen nicht stattgefunden haben, der Herr Bürgermeister hat es sehr treffend gesagt, die Ehrenamtlichkeit wird zurückgeschraubt, das stimmt, Ehrenamtlichkeit wird zurückgeschraubt, weil es mit Schikane verbunden ist und Leute, die für 20 Leute für Brasilien-Benefizgruppe oder was auch immer sammeln wollen, sich nicht mehr auf die Straße stellen können, ohne einen Behördenweg zu durchlaufen, dann wird einfach vieles nicht mehr passieren. Es gibt ganz viele Einwendungen, auch von der Freiwilligen Feuerwehr und von anderen außerhalb der Stadt Graz, die sagen, so können wir das nicht. Und auch noch einmal, den Werner Schrempf zu zitieren, der hat gesagt, wenn La Strada stattfinden müsste im nächsten Jahr zu diesen Bedingungen, wie das Veranstaltungsgesetz sie vorsieht, bräuchte er allein im Sicherheitsbereich ein Drittel Mehrkosten, also Sie wissen, es geht um Fluchtwege, es geht um Toiletten und er hat auch noch ein sehr passendes Beispiel gesagt, wenn ich zu La Strada komme und ich sehe dort, oder Sie sehen dort wo ein Kind weinen, dann gehen Sie dorthin und kümmern sich darum, dass dieses Kind versorgt wird. Wenn Sie zu La Strada kommen und es sind dort hunderte Helfer, weil die vorgeschrieben sind, es gibt Absperrgitter, es gibt klar ausgewiesene Fluchtwege, gekennzeichnete Ordner, dann werden viele Leute sich denken, es ist eh gut dafür gesorgt und es ist was, was Zivilcourage, Ehrenamt und anderes zurückschraubt und auch deswegen bin ich sehr froh, dass das Land scheinbar das heute beschlossen hat, dieser Evaluierung zuzustimmen und freue mich auf einen neuen wesentlich verbesserten und unter Einbezug der verschiedenen Interessensvertretungen und der Kulturschaffenden erstellten Gesetzesentwurf. Danke (*Applaus Grüne*).

*Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit angenommen.*

*Bürgermeisterstellvertreterin Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Schröck übernimmt um 17.15 Uhr den Vorsitz.*

### **8) Hochwasser-Sofortmaßnahmen**

GR. **Pacanda** stellt namens der Piratenpartei, der Grünen, der SPÖ und der KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Damen und Herren! Last but not least, glaube ich, jetzt bei den dringlichen Anträgen. Also ich möchte Ihnen gerne den dringlichen Antrag der Piraten vorstellen mit freundlicher Unterstützung der Grünen, der SPÖ und der KPÖ. Wir haben heute den wunderschönen Vorteil, dass es draußen wunderschönes Wetter ist und dass die Sonne strahlt draußen. Wir haben Anfang Mai das Gegenteil gehabt, wir haben einen starken Regen gehabt, wir haben Starkregen gehabt, wir haben in den letzten Wochen auch Starkregen in ganz Österreich gehabt, in Europa, in Teilen von Europas, mit extremen Überschwemmungen. Uns sind die Bilder, glaube ich, noch sehr aktiv in den Köpfen drinnen, wie es dort ausschauen kann und wie es auch in Gebieten in Graz, wie in St. Peter und Andritz, ausgeschaut hat. Was, glaube ich, sehr wichtig ist, dass diesbezüglich jetzt Sofortmaßnahmen getroffen werden, auch noch vor dem Sommer, also eben heute, mit heute beschlossen werden, um den BürgerInnen in den betroffenen Gebieten sofort zu helfen, und deswegen ist auch mit den Bürgern der betroffenen Gebiete St. Peter und Andritz dieser Antrag in Summe entstanden, sage ich, und soll eben eine Soforthilfepaket in dem Sinne darstellen.

Ich werde kurz auf die einzelnen Punkte eingehen, sie sind aber trotzdem, glaube ich, eh schon bekannt. Es geht um eine Informationsveranstaltung seitens der Feuerwehr in den betroffenen Gebieten, es geht um ein Aushängen des Hochwasserplanes in den betroffenen Gebieten, es geht um Bezirksstadtteilversammlungen in den betroffenen Gebieten, wo die Bürger dann selber auch noch Ideen einbringen können, weil sie selber sehr viele Verbesserungsvorschläge haben am kompletten Kriseneinsatz, sei es nur mit Sirene, dass die Feuerwehr nur mit Sirene vorfährt und sozusagen eine Information für die Bürger schon allein das helfen würde. Dementsprechend aus diesen Informationsveranstaltungen eine priorisierte Liste mit notwendigen Schutzmaßnahmen erstellen, um vielleicht auch besser ein Bild zu bekommen, was sehen die Bürger für Probleme, die möglicherweise auch die dementsprechenden Fachabteilung noch nicht kennt, die noch unbekannt sind. Einen Statusbericht über bereits erfolgte Schutzmaßnahmen und vorgesehene in Planung oder Bau befindliche Maßnahmen mit genauem Zeitplan und Status des Bächeplanes. Da geht es, glaube ich, auch vor allem darum, um eine genaue Information für die Bürger, weil sich die Bürger in der Richtung nicht informiert fühlen. Es geht in weiterer Folge um eine Prüfung eines Austausches des Rechens, der ist eh schon relativ bekannt, in der Wasserunterführung Petersbach/Peterstalstraße durch eine hochwassersichere Konstruktion und ich hoffe um ihrer aller Unterstützung in diesem dringlichen Antrag. Dankeschön.

GR. **Dreisiebner** zur Dringlichkeit: Es ist ja heute nicht das erste Mal, dass das St.-Peter-Hochwasser, Andritz-Hochwasser in irgendeiner Form Thema ist, es war auch schon in der Fragestunde Thema. Wir haben da auch eine sehr ausführliche Antwort erhalten. Im Gegensatz dazu haben ungefähr 50 Menschen, die sich etwa eine Woche, zehn Tage nach diesem 7.-Mai-Hochwasser in St. Peter zusammengesetzt haben, auf einen von ihnen verfassten offenen Brief bis heute oder bis gestern, das ist mein aktueller Wissensstand, keine Antwort erhalten. Heute

haben wir einen Teil davon beantwortet bekommen. Ich denke, auch der dringliche Antrag des Kollegen Pacanda ist dahingehend wichtig. Es ist hier einiges im Argen, es ist leider so, dass man nicht davon aussehen kann, dass das für heuer, für nächstes, für übernächstes Jahr war, es kann jeden Tag wieder passieren. Es ist wirklich dringend was zu tun, es ist auch den Leuten im finanziellen Bereich unter die Arme zu greifen beziehungsweise seitens der Stadt und seitens des Herrn Bürgermeister alles zu tun, damit Mittel aus dem Katastrophenschutzfonds usw. geöffnet werden können, dass Informations- und Unterstützungsangebote der ExpertInnen etwa der Berufsfeuerwehr den Menschen geboten werden und dass sie auch in der Befähigung, sich selbst zu helfen, etwa durch die Forderung, unversperrte Sandsackdepots eingerichtet zu bekommen, für sich selbst was tun können. Wir halten das für sehr, sehr wichtig, es wird dauern, bis die langwierigeren Hochwasserbauschutzmaßnahmen vollendet werden können, aber man sollte den Menschen jetzt einfach Hoffnung geben und nicht sagen, in zwei, drei Jahren wird alles besser. Deswegen hier heute und jetzt ja zu diesem Antrag. Danke (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. Dr. **Piffli-Percevic** zum Antrag: Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich ist Hochwasserschutz dringend und alles andere wäre außerdem ein Zynismus und heute schon in der Fragestunde hat Herr Bürgermeister die Gelegenheit..., Kollegen Eber hat Herrn Bürgermeister ganz konkret über den Hochwasserschutz in St. Peter gefragt. Es sind alle Antworten, was St. Peter betrifft, ja schon gegeben worden, ich möchte, Kollege Pacanda, trotzdem ordnungshalber festhalten, was Bürgerversammlungen betrifft. Die Kollegen aus St. Peter haben mir gesagt, im Jänner hat es beim Kirchenwirt genau so eine Informationsveranstaltung

gegeben, wie du sie hier einforderst. Ich wollte das nur klarstellen, es gibt Sandsackdepots, mehrere in St. Peter, ich bringe das nur als Beispiel, ein oberflächlicher Leser könnte glauben, hier ist überhaupt keine Vorsorge getroffen worden. Ich möchte nochmals festhalten, wir arbeiten auch nicht mit dem Begriff, es ist ein Jahrhunderthochwasser, quasi man könne nichts machen. Das würde signalisieren, ihr seid quasi selber schuld, wir sind außen vor. Wir fühlen uns mitverantwortlich, wir danken für jede Anregung und selbstverständlich müssen wir allen Anregungen eben nachgehen, daher ist dein Antrag selbstverständlich dringlich, aber ich wollte nur sagen, einige Fährten gilt es sozusagen zu vertiefen und einige Linien, ein paar Anregungen auch neu aufzugreifen und wir hoffen, und damit möchte ich schließen, dass wir nicht schon wieder von einem Jahrhunderthochwasser heimgesucht werden. Wir wissen aus der Wachau, das war ein 500-jähriges, aber schon das zweite Mal innerhalb von elf Jahren, das ist eine Betrachtung für die Statistik, wir müssen alles tun, was uns zumutbar ist und da kämpfen wir gemeinsam, ich danke, wie gesagt, für jede Anregung und wir stimmen dem Antrag zu. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich stimmen wir dem Antrag vom Herrn Kollegen Pacanda zu, wir sind sehr froh und möchten uns auch bedanken, dass er ihn eingebracht hat. Wir haben uns das selber angeschaut, wie wahrscheinlich auch andere KollegInnen, was da in St. Peter los ist, wenn Hochwasser ist, wenn die Schimautz-Kreuzung unter Wasser steht. Da ist wirklich dringend Handlungsbedarf und es ist total schade, dass das alles auch in den Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern und auch in den Verhandlungen mit dem Land Steiermark so lange dauert, es kann niemand verstehen. Menschen, die alle paar Monate unter Wasser sind, können kein Verständnis dafür haben und daher ist dieser Antrag sehr, sehr dringlich und wir stimmen sehr gerne zu (*Applaus Grüne*).

GR. **Pacanda:** Ich möchte mich recht herzlich bedanken für die große Zustimmung, weil wir die Sandsäcke schon einmal gehabt haben, da möchte ich noch sagen, da ist die Information zu mir gekommen, dass diese Depots versperrt sind und eben nicht für die Bürger offen verfügbar sind, weil die in einer Siedlung drinnen sind. Aber das muss man sich, glaube ich, vor Ort anschauen einfach und mit der Feuerwehr anschauen, deswegen herzlichen Dank für die Unterstützung.

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*